

# Die Tätigkeit der Bank

Die jüngste Serie von Finanzkrisen, die unerwartet tief und ansteckend waren, hat dem Streben nach Finanzstabilität und besserem Risikomanagement auf Instituts- wie auf Marktebene zusätzliche Impulse verliehen. Bei den Bemühungen und Initiativen in diesem Bereich standen die Zentralbanken an vorderster Front. Die BIZ ist angesichts ihres grundsätzlichen Auftrags, die Zusammenarbeit unter Zentralbanken zu fördern, und ihrer langjährigen entsprechenden Erfahrung ein besonders geeignetes Forum für die Bereitstellung von Hintergrundanalysen und die logistische Unterstützung der Diskussionen unter Vertretern von Zentralbanken und sonstigen Aufsichtsorganen. Im Zentrum vieler dieser Diskussionen stand die Stabilität des Finanzsystems. Trotz der größeren Aufmerksamkeit, die den Fragen der Systemstabilität gewidmet wurde, haben die Zentralbanken aber auch ihre andere Kernaufgabe – die Formulierung und Umsetzung der Geldpolitik – nicht vernachlässigt. Angesichts der zahlreichen Verknüpfungen zwischen Finanz- und Währungsstabilität standen diese Themen nach wie vor weit oben auf der Tagesordnung der regelmäßigen Treffen und der Ad-hoc-Sitzungen, die von der BIZ organisiert und koordiniert wurden.

Im Berichtszeitraum beteiligte sich die Bank außerdem aktiv an der Arbeit zahlreicher Gruppen, die sich mit der Förderung eines soliden Finanzgeschäfts befassen. Insbesondere stellte sie Sekretariatsleistungen für die Finanzminister und Zentralbankpräsidenten bzw. -gouverneure (sowie deren Stellvertreter) der Länder der Zehnergruppe und wirkte auf umfassende Weise im Forum für Finanzstabilität mit.

Die Attraktivität der BIZ als Gegenpartei bei Finanzgeschäften der Zentralbanken war im vergangenen Geschäftsjahr ebenfalls offenkundig. Mit der Einführung neuer Finanzinstrumente und einer wettbewerbsorientierten Preisgestaltung reagierte die Bank auf die immer anspruchsvolleren Anlagebedürfnisse ihrer Kunden. Vor allem während des Übergangs zum neuen Jahrtausend schätzten die Zentralbankkunden die Sicherheit und Liquidität der Einlagen bei der BIZ. Die Bank nahm außerdem weiterhin ihre traditionellen Aufgaben als Agent und Treuhänder bei einer Vielzahl von Finanztransaktionen wahr.

Dieses Kapitel gibt einen Überblick über die wichtigsten Tätigkeiten der Bank im vergangenen Geschäftsjahr. Die weiter unten erwähnten Berichte sowie die Forschungspapiere und Policy Papers der Bank sind auf der BIZ-Website ([www.bis.org](http://www.bis.org)) oder auf Anfrage in Papierform erhältlich.

## 1. Direkte Beiträge der BIZ zur internationalen Zusammenarbeit im Währungs- und Finanzbereich

Wie bisher trug die Bank zur Zusammenarbeit unter den Zentralbanken bei, indem sie regelmäßige Sitzungen der Präsidenten sowie hochrangiger Mitarbeiter

von Zentralbanken organisierte und das Sekretariat für mehrere Ausschüsse stellte, die den Zentralbankpräsidenten der G10-Länder unterstehen. Ein besonderes Merkmal der Sitzungen des vergangenen Jahres war die zunehmende Beteiligung von Zentralbanken aus aufstrebenden Volkswirtschaften, die für das internationale Finanzsystem von Bedeutung sind. Die BIZ-Repräsentanz für Asien und den Pazifik spielte hier eine wichtige Katalysatorrolle. Das Institut für Finanzstabilität (FSI), das ebenfalls auf eine Initiative aus jüngster Zeit zurückgeht, verlieh der weltweiten Verbreitung der Standards und Richtlinien für eine empfehlenswerte Praxis in bezug auf solide Finanzgeschäfte neue Dynamik.

### *Regelmäßige Beratungen über Währungs- und Finanzfragen*

Im Zusammenhang mit den alle zwei Monate stattfindenden Sitzungen des Verwaltungsrats der BIZ trafen sich Zentralbankpräsidenten in drei Gruppen: der Gruppe der G10-Industrieländer, einer größeren Gruppe, in der die G10-Zentralbankpräsidenten mit den Präsidenten der Zentralbanken von für das Finanzsystem bedeutsamen aufstrebenden Volkswirtschaften zusammenkamen, und der noch umfassenderen Gruppe, der die Gouverneure aller BIZ-Aktionärszentralbanken angehören.

Schwerpunkte der *Sitzungen der Zentralbankpräsidenten der wichtigsten Industrieländer und aufstrebenden Volkswirtschaften* sind der Gedanken- und Informationsaustausch über die aktuelle Lage der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte sowie das Erkennen potentieller mittelfristiger Schwachstellen. Im Berichtszeitraum wurde in den Diskussionen das stärkere und ausgewogenere Wachstum der Weltwirtschaft bei einer allgemein unproblematischen Preisentwicklung hervorgehoben und begrüßt. Die Zentralbankpräsidenten äußerten aber auch Besorgnis über das Entstehen großer Ungleichgewichte in und zwischen zahlreichen Volkswirtschaften und untersuchten, welche Konsequenzen möglicherweise abrupte Veränderungen der Wechselkursbeziehungen zwischen den wichtigsten Währungen und/oder eine drastische Korrektur der Preise bestimmter Vermögenswerte haben könnten und wie darauf reagiert werden könnte.

Die wirtschaftliche und finanzielle Lage stand auch in den *Sitzungen der Zentralbankpräsidenten der G10-Länder* erneut im Vordergrund. Darüber hinaus erörterten die G10-Zentralbankpräsidenten eine Reihe von Berichten der verschiedenen ständigen Ausschüsse (s. unten). Mehrere dieser Berichte wurden zur Veröffentlichung freigegeben. Weitere Diskussionsschwerpunkte waren Fragen von aktuellem Interesse für die Zentralbanken, z.B. die geplante Überarbeitung der Basler Eigenkapitalvereinbarung von 1988, Liquiditätserwägungen im Zusammenhang mit dem Jahr-2000-Datumswechsel sowie die Bewältigung und Verhütung von Finanzkrisen.

In den *Sitzungen der Präsidenten aller Aktionärszentralbanken der BIZ* im vergangenen Geschäftsjahr kam das breite Spektrum der Themen zum Ausdruck, die die Währungsbehörden derzeit beschäftigen. Da geprüft wird, ob bei der Neuregelung der angemessenen Eigenkapitalausstattung öffentliche Ratings eine unterstützende Rolle erhalten sollen, loteten die Zentralbankpräsidenten die umfassenderen Konsequenzen einer solchen Entwicklung für die Tätigkeit von Rating-Agenturen aus. Weitere Beispiele aus dem Themenkreis der Finanz-

Stabilität waren das Potential der Hedge Funds, erhebliche Störungen an den Finanzmärkten zu verursachen, sowie die Gestaltung und Handhabung von Sicherheitsnetzen für den Finanzsektor. Ferner erörterte dieser größere Kreis von Zentralbankpräsidenten die Durchführung der Geldpolitik bei kontrolliertem Floaten, die Stärkung der Finanzsysteme in Asien, die Auswirkungen des Euro auf die Finanzmärkte und auf Portfolioentscheidungen sowie die Bedeutung der Unabhängigkeit, der Rechenschaftspflicht und der Transparenz von Zentralbanken für eine solide Entscheidungsfindung.

Unter den übrigen regelmäßigen Treffen, die von der Bank im vergangenen Jahr organisiert wurden, sind die Sitzungen des Gold- und Devisenausschusses der G10-Zentralbanken zu nennen. Das erste Jahr des Euro war dabei ein wiederkehrendes Thema. Außerdem kamen Volkswirte der Zentralbanken der wichtigsten Industrieländer im Herbst 1999 zusammen, um über das Wachstum der internationalen Finanzmärkte und dessen Folgen für die Währungs- und Finanzstabilität zu diskutieren. Bei einem ähnlichen Treffen im Frühjahr 2000, bei dem auch Zentralbanken aufstrebender Länder vertreten waren, wurde die aktuelle Lage der Weltwirtschaft erörtert.

Die Bank sammelte, analysierte und verbreitete weiterhin Informationen über die Tätigkeit der Zentralbanken und die Art und Weise, wie sie ausgeübt wird. Verantwortlich hierfür ist die Central Bank Governance Steering Group, die sich aus Zentralbankpräsidenten einer Reihe von Industrieländern und aufstrebenden Volkswirtschaften zusammensetzt. Es geht dabei um die Bereitstellung vergleichender Sachinformationen, die den Zentralbanken bei ihren Bemühungen um eine Verbesserung ihrer Arbeitsweise von Nutzen sind. Schwerpunktthemen im vergangenen Jahr waren Umfang und Art des Auftrags einer Zentralbank sowie die Zusammenhänge zwischen Autonomie, Transparenz und Rechenschaftspflicht.

Der zunehmend globale Charakter der Kooperationsbemühungen der Bank schlug sich in einer wachsenden Zahl von Sitzungen nieder, an denen hauptsächlich hochrangige Mitarbeiter von Zentralbanken aufstrebender Volkswirtschaften teilnahmen. Im Berichtszeitraum wurden zwei regionale Arbeitssitzungen vor Ort organisiert, um Fragen der geldpolitischen Strategie zu erörtern. Eine davon wurde gemeinsam mit dem Banco Central de la República Argentina veranstaltet und befaßte sich vor allem mit den Herausforderungen für die Geldpolitik in Lateinamerika. Ein regionales Treffen in Asien wurde gemeinsam mit der Bank of Korea organisiert. Darüber hinaus trafen sich die stellvertretenden Gouverneure der Zentralbanken der wichtigsten aufstrebenden Volkswirtschaften in Basel für eine vertiefte Diskussion über Schuldenpolitik und Liquiditätssteuerung. Eine wichtige neue Initiative war schließlich die Organisation einer Sitzung für die stellvertretenden Gouverneure afrikanischer Zentralbanken. Anlässlich der Eröffnungssitzung wurde die Entwicklung des Finanzsektors in Afrika behandelt.

### *Förderung der Finanzstabilität durch die permanenten Ausschüsse*

Drei von den G10-Zentralbanken geschaffene und von der BIZ unterstützte Ausschüsse haben in den letzten 25 Jahren einen bedeutenden Beitrag zur Förderung der Finanzstabilität geleistet. Sie beleuchteten drei verschiedene Aspekte,

nämlich die Solidität der Finanzinstitute (Basler Ausschuß für Bankenaufsicht), leistungsfähige Märkte (Ausschuß für das weltweite Finanzsystem) und ein zentrales Element der Infrastruktur des Finanzsystems (Ausschuß für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme).

Angesichts ihrer unterschiedlichen Perspektiven haben die Ausschüsse in den letzten Jahren auf dem Gebiet der Finanzstabilität verschiedentlich zusammengearbeitet, zuletzt mit Blick auf das Forum für Finanzstabilität, in dem alle drei Ausschüsse vertreten sind. Ebenso beteiligten sich der Basler Ausschuß für Bankenaufsicht und der Ausschuß für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme, zusammen mit der BIZ selbst, am Konsultationsverfahren für die Erarbeitung des *Code of Good Practices on Transparency in Monetary and Financial Policies* des IWF, einschließlich des Begleitpapiers dieses Kodex.

#### *Basler Ausschuß für Bankenaufsicht*

Im Verlauf des vergangenen Jahres lancierte der Basler Ausschuß für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision) mehrere neue Initiativen, die zu zentralen Fragen der Bankenaufsicht Richtlinien geben und die Rolle beleuchten, die eine wirksame Bankenaufsicht im weltweiten Finanzsystem spielt. Die Arbeit an der Neufassung der Basler Eigenkapitalvereinbarung von 1988 mündete im Juni 1999 in der Veröffentlichung eines Konsultationspapiers, in dem der Vorschlag für eine neue Eigenkapitalregelung dargelegt wurde. Dies erweist sich als die bisher größte und aufwendigste Initiative des Basler Ausschusses. Die Eigenkapitalvereinbarung von 1988 ist seit ihrer Einführung weltweit von über 130 Ländern übernommen worden. Die vorgeschlagene neue Eigenkapitalvereinbarung soll dazu führen, daß die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen die zugrundeliegenden Risiken besser widerspiegeln, und sie soll den Finanzinnovationen der letzten Jahre stärker Rechnung tragen. Mit der Überarbeitung sollen auch die Fortschritte, die bei der Risikobewertung und -kontrolle erzielt wurden, berücksichtigt und Anreize für weitere Verbesserungen geschaffen werden. Zwar liegt der Schwerpunkt nach wie vor auf international aktiven Banken, doch sollen sich die Grundsätze zur Anwendung auf Banken von unterschiedlicher Komplexität und unterschiedlichem Entwicklungsstand in allen Ländern eignen.

Die vorgeschlagene Eigenkapitalregelung umfaßt drei zentrale und einander ergänzende tragende Elemente: Mindestkapitalanforderungen, mit denen die Standardregelung der Eigenkapitalvereinbarung von 1988 weiterentwickelt und ausgebaut werden soll, eine Überprüfung der Eigenkapitalausstattung eines Kreditinstituts und seiner internen Bewertungsverfahren durch die Aufsichtsbehörde sowie den wirksamen Einsatz der Marktdisziplin zur Stärkung der Offenlegung und zur Förderung einer sicheren und soliden Bankpraxis. Hinsichtlich des ersten Elements schlägt der Ausschuß zwei grundlegende Ansätze vor: eine verbesserte Standardmethode, die auf der bisherigen Eigenkapitalvereinbarung aufbaut, und einen auf internen Ratings beruhenden Ansatz, der sich auf die Beurteilung des Kreditrisikos durch die Banken selbst stützt. Der Ausschuß ist überzeugt, daß dies einen wichtigen Beitrag zu den Bemühungen darstellt, die Eigenkapitalunterlegung stärker auf die zugrundeliegenden Risiken abzustimmen.

Die Veröffentlichung dieser und weiterer Vorschläge im Konsultationspapier vom Juni 1999 löste in Aufsichts- und Finanzkreisen weltweit einen intensiven

Dialog aus. Die Konsultationsphase endete am 31. März 2000, und es gingen über 200 schriftliche Stellungnahmen ein. Diese Stellungnahmen werden dem Ausschuß bei seinen weiteren Überlegungen und beim Erstellen einer umfassenden Reihe von Vorschlägen von großem Nutzen sein.

Der Basler Ausschuß spielt bei der Erarbeitung weltweit akzeptierter Standards der Bankenaufsicht eine entscheidende Rolle. Zahlreiche Länder haben ihre Absicht erklärt, diese Standards – die *Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht* – umzusetzen. Die Standards dienen überdies dem IWF und der Weltbank als Grundlage für die Beurteilung der Wirksamkeit der Bankenaufsicht in den verschiedenen Ländern. Ein wichtiger Kanal zur Verbreitung der Standards ist die Core Principles Liaison Group des Basler Ausschusses, in der Aufsichtsorgane aus zahlreichen Ländern außerhalb der Zehnergruppe sowie der IWF und die Weltbank vertreten sind. Im Oktober 1999 veröffentlichte der Ausschuß die *Methodik der Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht*. Darin werden für jeden einzelnen Grundsatz zentrale und zusätzliche Kriterien festgelegt, die als Hilfestellung bei der Überprüfung der Einhaltung der Grundsätze dienen sollen.

Weitere Grundsatz- und Konsultationspapiere, die vom Basler Ausschuß in jüngster Zeit veröffentlicht wurden, deckten ein breites Themenspektrum ab, u.a. Unternehmensführung in Banken (September 1999), Kreditrisiko (Juli 1999), Institute mit hoher Risiko/Eigenkapital-Relation (Januar 1999 und Januar 2000), Bilanzierung von Krediten (Juli 1999), Transparenz und Offenlegung (Juli 1999 und Januar 2000) sowie das Jahr 2000 (September 1999 und März 2000). Diese Papiere werden jeweils bei ihrer Veröffentlichung versandt, die Grundsatzpapiere werden aber außerdem in das Kompendium des Basler Ausschusses aufgenommen, das am Anfang jedes Jahres neu aufgelegt wird.

In den letzten Jahren hat der Ausschuß seine Verbindungen zu Aufsichtsbehörden in Nichtmitgliedsländern zunehmend ausgebaut, um die aufsichtsrechtlichen Standards an allen wichtigen Märkten zu stärken. Mit der Entwicklung dieser Kontakte sind die Empfehlungen des Ausschusses immer mehr zu Standards geworden, um deren Einhaltung sich die Aufsichtsbehörden sowohl in den Industrieländern als auch in den aufstrebenden Volkswirtschaften bemühen. Durch seine Zusammenarbeit mit Aufsichtsbehörden aus Ländern außerhalb der Zehnergruppe und die Verbreitung von aktuellen Informationen und Richtlinien zu wichtigen Fragen im Bankwesen trägt der Basler Ausschuß zur Stärkung der Finanzsysteme in den aufstrebenden Volkswirtschaften bei. Darüber hinaus spielt er eine aktive Rolle bei der Bereitstellung technischer Hilfe und Schulung, in jüngster Zeit über das Institut für Finanzstabilität (s. unten). Er sorgt ferner für leistungsfähige Kommunikationskanäle durch die regelmäßige Aktualisierung und Verteilung der „Bank Supervisors' Contact List“ sowie durch Übernahme des Patronats und Organisation der alle zwei Jahre stattfindenden Internationalen Konferenz der Bankenaufsichtsbehörden (ICBS), die 1979 von ihm selbst initiiert wurde. Die 11. ICBS wird im September 2000 in Basel stattfinden; Gastgeber werden die Schweizerische Nationalbank, die Eidgenössische Bankenkommission und die BIZ sein. Die diesjährigen Themen sind i) die Überarbeitung der Eigenkapitalvereinbarung und ii) das Finanzwesen im 21. Jahrhundert. Die Zahl der Teilnehmer an dieser Konferenz hat sich seit ihren Anfängen verdoppelt; im September 2000 werden 300 Delegierte aus 120 Ländern erwartet.

## *Ausschuß für das weltweite Finanzsystem*

Der Ausschuß für das weltweite Finanzsystem (Committee on the Global Financial System, CGFS) setzte im Berichtszeitraum seine Beobachtung der internationalen Finanzmärkte und seine Analyse spezieller Fragen im Zusammenhang mit der Funktionsweise des weltweiten Finanzsystems fort. Besondere Aufmerksamkeit widmet der Ausschuß den Schwachstellen der globalen Finanzmärkte sowie der für das Finanzsystem wichtigsten Industrieländer und aufstrebenden Volkswirtschaften.

Zu den speziellen Themen des CGFS gehörten die Gestaltung liquider Märkte für Schuldtitel, die Marktdynamik in Krisensituationen, die Transparenz der Informationen für die Marktteilnehmer und Verbesserungen der BIZ-Statistik zum internationalen Bankgeschäft.

Im Mai 1999 veröffentlichte der Ausschuß einen Bericht über die Marktliquidität, in dem Forschungsergebnisse vorgestellt wurden und auf ausgewählte Liquiditätspolitische Konsequenzen eingegangen wurde. Im Oktober 1999 folgte ein Bericht mit speziellen Empfehlungen für die Entwicklung tiefer und liquider Märkte für Staatsanleihen. Die Empfehlungen betrafen fünf Bereiche: Strategien der Schuldenverwaltung, Besteuerung, Transparenz, Handelsvorschriften und -infrastruktur sowie die Entwicklung der Repo-, Futures- und Optionenmärkte.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der CGFS dem Problem der Finanzmarktdynamik in Krisensituationen. In einer im Oktober 1999 veröffentlichten Untersuchung der Ereignisse an den Finanzmärkten im zweiten Halbjahr 1998 analysierte er die Ursachen des plötzlichen Anstiegs der Risiko- und Liquiditätsprämien und der Schnelligkeit, mit der sich die Märkte danach beruhigten. Im Mittelpunkt standen dabei die Mechanismen, die zum raschen Versiegen der Marktliquidität in den verschiedensten Segmenten führten und die Veränderungen der relativen Preise von Vermögenswerten verstärkten. Hierzu gehörten die unzulängliche Einschätzung der Gegenparteirisiken, die bei einigen Instituten zu einem übermäßigen Einsatz von Fremdfinanzierung führte, die verbreitete Nachahmung bestimmter Finanzierungs-, Handels- und Risikomanagement-Strategien, die Tatsache, daß potentielle Rückkopplungseffekte der Marktliquidität auf die Preisgestaltung nicht in den Risikomanagement-Systemen berücksichtigt wurden, Vergütungssysteme, die eine kurzfristige Perspektive bei der Entscheidungsfindung honorieren, sowie das Fehlen von Marktinformationen über aggregierte Positionen.

Der CGFS setzte ferner eine Arbeitsgruppe ein, die die derzeitige Verwendung von Streßtests in großen Finanzinstituten untersuchen und prüfen sollte, ob eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Streßtests von Finanzinstituten nützliche Informationen für Aufsichtsinstanzen und Marktteilnehmer liefern könnte. In ihrem Bericht faßte die Arbeitsgruppe die derzeitige Praxis bei Streßtests zusammen, erörterte einige ihrer Einschränkungen und räumte praktische Schwierigkeiten bei einer Zusammenfassung der Ergebnisse ein. Im Anschluß an diese Initiative beschloß der Ausschuß, eine Erhebung über die im Risikomanagement verwendeten Szenarien durchzuführen. Weitere Beiträge befanden sich Anfang 2000 in Bearbeitung, u.a. eine Untersuchung über die möglichen Auswirkungen der zunehmenden Verwendung von Sicherheiten auf die

Dynamik der Finanzmärkte sowie eine Untersuchung über die Konsequenzen elektronischer Handelssysteme für das Funktionieren der Finanzmärkte.

Im vergangenen Jahr setzte der CGFS seine Zusammenarbeit mit dem IWF bei der Erarbeitung von Offenlegungsstandards für nationale Behörden fort. Nachdem der CGFS und der IWF 1998 gemeinsam ein Modell für die Offenlegung von Währungsreserven herausgegeben hatten, arbeiteten sie an einem ausführlicheren Dokument zusammen, das Richtlinien für die Umsetzung dieses Modells im Rahmen des Special Data Dissemination Standard des IWF enthielt. Im Laufe des Jahres erörterte der Ausschuß überdies Fragen im Zusammenhang mit der Transparenz der Informationen, die von privaten Marktteilnehmern abgegeben werden. Eine Arbeitsgruppe, in der verschiedene internationale Aufsichtsgremien vertreten sind, analysiert derzeit, wie die Offenlegung des Risikoprofils eines breiten Spektrums von Finanzinstituten verbessert werden könnte.

Darüber hinaus nahm der CGFS erneut seine traditionelle Aufgabe wahr, die BIZ-Bankenstatistik zu überwachen und mögliche Verbesserungen zu prüfen. Hier wurde eine Neugestaltung der konsolidierten Bankenstatistik vorgeschlagen, in der das Konzept des letztlichen Risikoträgers („ultimate risk“) größeres Gewicht erhalten soll. Ebenfalls ausgebaut werden soll die Erfassung der Derivatengagements und der Eventualverbindlichkeiten.

#### *Ausschuß für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme*

Der Ausschuß für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (Committee on Payment and Settlement Systems, CPSS) setzte im Berichtszeitraum seine Bemühungen um die Förderung solider Zahlungsverkehrs- und Abwicklungssysteme und damit um die Stärkung der Finanzmarktinfrastruktur und die Verringerung des Systemrisikos fort. Dabei intensivierte er seine Zusammenarbeit mit anderen internationalen Gremien, insbesondere der International Organization of Securities Commissions (IOSCO), und bezog eine wachsende Gruppe von Nicht-G10-Zentralbanken in seine Arbeit ein.

Im Dezember 1999 veröffentlichte die vom Ausschuß eingesetzte Task Force für Grundsätze und Praktiken in Zahlungsverkehrssystemen, die sich aus Vertretern der G10-Zentralbanken und ebenso vieler Nicht-G10-Zentralbanken sowie der EZB, des IWF und der Weltbank zusammensetzt, einen Konsultationsbericht über *Grundprinzipien für wichtige Zahlungsverkehrssysteme*. Eine endgültige Fassung des Berichts, in der Stellungnahmen interessierter Kreise berücksichtigt werden, soll im Verlauf des Jahres 2000 erstellt werden.

Ein weiteres bedeutendes Gemeinschaftswerk war die Einsetzung einer gemeinsamen Task Force des CPSS und der IOSCO Ende 1999. Diese Task Force soll Empfehlungen in bezug auf Abwicklungssysteme für Wertpapiergeschäfte erarbeiten und ermitteln, welche Mindestanforderungen solche Systeme erfüllen sollten, um das Systemrisiko auf nationaler und internationaler Ebene möglichst gering zu halten. Die Empfehlungen werden auch Fragen der grenzüberschreitenden Abwicklung Rechnung tragen, z.B. grenzüberschreitenden Verknüpfungen von Abwicklungssystemen.

Die zuvor von IOSCO und CPSS gemeinsam eingesetzte Arbeitsgruppe für die Wertpapierleihe veröffentlichte im Juli 1999 ihren Bericht *Securities Lending Transactions: Market Development and Implications*. Der Bericht bietet einen

Überblick über die Dynamik des Wertpapierleihemarktes und die Motive, die der Wertpapierleihe zugrunde liegen; ferner befaßt er sich mit Fragen zu Gesetzen, Aufsichtsregelungen, Besteuerung und Rechnungslegung. Er behandelt auch die mit diesen Transaktionen nach wie vor verbundenen Risiken sowie Praktiken und Verfahren, mit denen die Marktteilnehmer diese Risiken handhaben und reduzieren könnten.

Der CPSS überwacht und unterstützt weiterhin Projekte des privaten Sektors zur Verminderung des Erfüllungsrisikos im Devisenhandel; er hält außerdem weltweit die Zentralbanken dazu an, Strategien zur Bekämpfung dieses Risikos einzuführen. Um ihnen bei der Erarbeitung und Umsetzung solcher Strategien zu helfen, wurden einschlägige Materialien zusammengestellt, die bisher bereits an die Währungsbehörden von über 50 Ländern versandt wurden. Darüber hinaus arbeitet der CPSS eng mit dem Basler Ausschuß für Bankenaufsicht zusammen, um für die Aufsichtsbehörden Richtlinien zum Erfüllungsrisiko im Devisenhandel zu entwickeln.

Damit die Herausforderungen der jüngsten und noch zu erwartenden Innovationen im Massenzahlungsverkehr angemessen beurteilt werden können, untersucht die vom Ausschuß eingesetzte Arbeitsgruppe für den Massenzahlungsverkehr derzeit Massenzahlungsinstrumente und -systeme sowie damit verbundene Grundsatzfragen. In einem Bericht, der im September 1999 veröffentlicht wurde, identifizierte und analysierte die Arbeitsgruppe jüngste und zu erwartende Trends bei der Verwendung von Massenzahlungsinstrumenten. In einem zweiten Bericht, dessen Veröffentlichung für Mitte 2000 vorgesehen ist, sollen Clearing- und Abwicklungssysteme des Massenzahlungsverkehrs analysiert werden. Beim elektronischen Geld verfolgt der CPSS durch sein Sekretariat in der BIZ weiterhin die weltweite Entwicklung bei karten- und netzwerkgestützten Produkten.

Der CPSS hat seine Zusammenarbeit mit Zentralbanken aus Ländern außerhalb der Zehnergruppe weiter ausgebaut, insbesondere mit denjenigen aufstrebender Volkswirtschaften. Mit Unterstützung des Ausschußsekretariats in der BIZ arbeiten einzelne Zentralbanken oder regionale Gruppierungen von Zentralbanken an Veröffentlichungen über die Zahlungsverkehrssysteme in ihrem Land bzw. ihrer Region. Der Ausschuß unterstützt weiterhin Workshops und Seminare über den Zahlungsverkehr, die von der BIZ in Zusammenarbeit mit regionalen Zentralbankgruppen organisiert werden. Nach seiner ersten nicht in Basel stattfindenden Sitzung im Mai 1999 organisierte der Ausschuß in Hongkong einen Workshop für Zentralbanken und Währungsbehörden des asiatisch-pazifischen Raums, an dem über 25 Institutionen teilnahmen. Der daraus hervorgegangene Bericht wurde im Dezember 1999 veröffentlicht.

Im Rahmen seiner Zusammenarbeit mit anderen Institutionen leistete der CPSS über sein Sekretariat ferner aktive Unterstützung und Hilfestellung für die Initiative der Weltbank zu den Clearing- und Abwicklungssystemen für Zahlungsverkehrs- und Wertpapiertransaktionen in der westlichen Hemisphäre. Darüber hinaus arbeitete der CPSS mit dem Ausschuß der EDV-Fachleute hinsichtlich des Betriebsrisikos und der elektronischen Authentifizierung zusammen und nahm an der Arbeit der G10-Arbeitsgruppe über die Konsolidierung des Finanzsektors teil.

## *Repräsentanz für Asien und den Pazifik*

Seit ihrer Eröffnung im Juli 1998 trägt die in der Sonderverwaltungsregion Hongkong errichtete Repräsentanz für Asien und den Pazifik zur Verbesserung des Informationsaustauschs und der Zusammenarbeit unter Zentralbanken der Region sowie zwischen diesen und den Zentralbanken in der übrigen Welt bei. Unter anderem ist sie i) Gastgeber für Treffen der Vertreter von Zentralbanken innerhalb und außerhalb der Region, trägt ii) zu den Forschungsarbeiten und den Analysen der Bank über Finanz- und Wirtschaftsentwicklungen im asiatisch-pazifischen Raum bei und fördert iii) die Geschäftsbeziehungen der BIZ mit regionalen Zentralbankkunden.

Im Berichtszeitraum leistete die Repräsentanz aktive Unterstützung für mehr als ein Dutzend Treffen in der Region. Unter anderem wurde bei einem Treffen von Zentralbankvertretern im Juni 1999 das Risikomanagement bei der Anlage von Währungsreserven diskutiert. Im Januar 2000 hatten Zentralbankpräsidenten bei einer speziellen Sitzung in Singapur Gelegenheit, die weltweite Finanzlage sowie die Verwaltung der Staatsschulden und die Liquiditätssteuerung zu erörtern. Im März fand bei einer Sitzung interner Revisoren ein Erfahrungsaustausch über die jüngsten Veränderungen und laufenden Entwicklungen in diesem Fachgebiet statt.

Die Repräsentanz organisierte ferner eine Reihe von Sitzungen in der Region, mit denen die Arbeit der in Basel ansässigen Ausschüsse unterstützt wurde, und sie arbeitete eng mit regionalen Gruppierungen von Zentralbanken zusammen. Im Mai 1999 war sie Mitorganisator eines Treffens des Ausschusses für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (CPSS) und eines regionalen Workshops (s. oben). Im September 1999 war sie Gastgeber eines regionalen Treffens des Gemeinsamen Jahr-2000-Rates, bei dem die Vorbereitungen für den Datumswechsel überprüft wurden. Ferner war sie an der Organisation eines Seminars von Finanzmarktbehörden über das Kreditrisiko beteiligt. Eine Reihe von Unterausschüssen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht trat im vergangenen Jahr ebenfalls in Hongkong zusammen. Im November 1999 traf sich eine vom Forum für Finanzstabilität eingesetzte Task Force für die Umsetzung von Standards unter der Ägide der Repräsentanz. Im März 2000 nahm die Repräsentanz an einem EMEAP-Forum (Executive Meeting of East Asian and Pacific Central Banks) über Entwicklungen am Devisenmarkt und an mit ihm verbundenen Märkten teil, für das sie auch analytische Unterstützung leistete. Die Volkswirte der Repräsentanz verfaßten nicht nur Hintergrundpapiere für solche Treffen, sondern forschten auch über Themen, die für die Zentralbanken dieser Region und anderer Regionen von Interesse sind. Die Repräsentanz wirkte ferner an der Studie des Forums für Finanzstabilität über den Einfluß von Instituten mit hoher Risiko/Eigenkapital-Relation auf die Marktdynamik mit.

Im Bereich der Bankgeschäfte hat die BIZ beschlossen, in der Repräsentanz einen Handelsraum einzurichten, um die Zentralbanken der Region besser bedienen zu können. Der Handel in der Repräsentanz Hongkong soll gegen Ende 2000 aufgenommen werden.

## *Institut für Finanzstabilität*

Das Institut für Finanzstabilität (Financial Stability Institute, FSI) ist eine Gemeinschaftsgründung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht mit dem Mandat, zur Verbesserung der Finanzsysteme weltweit beizutragen, und zwar zunächst durch eine Stärkung der vorbeugenden Aufsicht. Seit Beginn seines Programms Mitte 1999 hat sich das FSI auf das Bankwesen konzentriert, da das Bankgeschäft in vielen Teilen der Welt die wichtigste Form der Finanzintermediation ist. Schrittweise sollen auch die Wertpapier- und die Versicherungsaufsicht einbezogen werden.

In seinem ersten Jahr bot das FSI hochrangigen Vertretern von Aufsichtsbehörden Schwerpunktseminare über Risikomanagement, Informationstechnologie, Betriebsrisiko, Betrug, konsolidierte Aufsicht und Unternehmensführung an; außerdem organisierte es Spezialseminare über die angemessene Eigenkapitalausstattung und die Einlagensicherung. Ferner hielt das Institut eine Reihe regionaler Seminare und Workshops zu allgemeinen Aufsichtsproblemen und deren Lösung ab. Das Programm stützt sich auf die Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht und die dazugehörige Methodik, wobei den zugrundeliegenden Konzepten und Umsetzungsverfahren besonderes Gewicht zukommt. Um die Bemühungen für eine bessere Aufsicht des Finanzsektors zu unterstützen, lieferte das FSI darüber hinaus hochrangigen Aufsichtsvertretern wichtige Informationen aus amtlichen Quellen und Marktquellen über die jüngsten Entwicklungen im Aufsichtsbereich und über zentrale Fragen der Bankenaufsicht.

Das Programm wurde auf die Bedürfnisse der Bankenaufsichtsbehörden abgestimmt, wie sie in einer Erhebung, die das Institut im Frühjahr 1999 durchgeführt hatte, von 120 Ländern geäußert worden waren. Seither hat das FSI 19 Veranstaltungen organisiert, an denen 121 Länder teilnahmen, was einer ausgewogenen Vertretung der weltweiten Regionen entsprach. Mehrere dieser Veranstaltungen wurden gemeinsam mit regionalen Gruppierungen von Aufsichtsbehörden organisiert. Das FSI stellte ferner seine Tätigkeit bei Konferenzen der regionalen Entwicklungsbanken sowie den Jahresversammlungen regionaler Aufsichtsgruppierungen vor, um einschlägige Fragenkomplexe möglichst weit bekanntzumachen und in ständigem Kontakt mit seinem weltweiten Publikum zu bleiben.

Das FSI koordiniert seine Tätigkeit mit anderen Organisationen, die Programme zur Unterstützung von Aufsichtsorganen des Finanzsektors anbieten, und arbeitet mit ihnen zusammen. Eine enge Kooperation wird mit dem Toronto International Leadership Centre for Financial Sector Supervision gepflegt. Gemeinsame Seminare mit diesem Zentrum sowie mit der IOSCO und der International Association of Insurance Supervisors (IAIS) sind geplant.

Mit dem Programm des Instituts sollen vielfältige Seminare und Methoden angeboten werden, um zu ermitteln, was für die Zielländer am wichtigsten ist. Die Artikel-IV-Konsultationen des IWF sowie die Workshops des FSI über die erzielten Fortschritte geben deutliche Hinweise darauf, daß zahlreiche aufsichtsrechtliche Fragen noch ausführlicher behandelt werden müssen. Es sind schon große Fortschritte erzielt worden, aber es bleibt noch vieles zu tun, um der Herausforderung, in vielen Ländern wirksame Aufsichtssysteme zu schaffen, gerecht zu werden.

## 2. Beiträge der BIZ zu einer umfassenderen internationalen Zusammenarbeit

### *Zehnergruppe*

Durch ihr Mitwirken als Beobachter und durch die Bereitstellung von Sekretariatsleistungen war die BIZ seit jeher an der Arbeit der G10-Finanzminister und -Zentralbankpräsidenten, ihrer Stellvertreter und der unter ihrer Schirmherrschaft geschaffenen Arbeitsgruppen beteiligt. Im Berichtszeitraum lag der Schwerpunkt der Arbeit der Zehnergruppe auf Verbesserungen der Funktionsweise der Märkte für Anleihen aufstrebender Volkswirtschaften und auf dem Beitrag, den Änderungen der Anleihebegebungspraxis leisten könnten. Um ein besseres Verstehen der Auswirkungen von Sammelklageklauseln bei der Ausgabe von Staatsanleihen zu fördern, nahm die Zehnergruppe Gespräche mit dem privaten Sektor auf, und die G10-Länder prüften auch die Möglichkeit, solche Klauseln bei ihren eigenen Anleiheemissionen zu verwenden.

Eine der bemerkenswertesten Entwicklungen im Finanzsektor zahlreicher Industrieländer war in den letzten Jahren die Beschleunigung des Konsolidierungsprozesses. Im Berichtszeitraum setzte die G10 eine Arbeitsgruppe ein, die die Kräfte, die hinter diesem Wandel stehen, analysieren und ihre weiteren Auswirkungen beurteilen soll. Die Arbeitsgruppe wird sechs Fragenkomplexe untersuchen: Muster der Konsolidierung im Finanzsektor, Gründe der Konsolidierung, Auswirkungen der Konsolidierung auf die Finanzrisiken, Durchführung der Geldpolitik, Wettbewerb und Kreditgeschäft sowie Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme. Die Arbeitsgruppe soll den Finanzministern und Zentralbankpräsidenten bis Ende 2000 Bericht erstatten.

### *Forum für Finanzstabilität*

Das Forum für Finanzstabilität (Financial Stability Forum, FSF) wurde von den Ministern und Zentralbankpräsidenten der Siebenergruppe im Februar 1999 geschaffen, um durch einen verbesserten Informationsaustausch und eine bessere Zusammenarbeit bei der Aufsicht und Überwachung im Finanzsektor die internationale Finanzstabilität zu fördern. Es besteht aus nationalen Behörden, die an bedeutenden internationalen Finanzplätzen für die Stabilität des Finanzsystems verantwortlich sind, internationalen Finanzorganisationen, internationalen Aufsichts- und Regulierungsinstanzen sowie Expertengruppen von Zentralbanken. Vorsitzender in persönlicher Eigenschaft ist Andrew Crockett, Generaldirektor der BIZ. Ausführliche Informationen über das Forum, einschließlich der von ihm gebilligten Berichte, sind auf seiner Website ([www.fsforum.org](http://www.fsforum.org)) verfügbar. Die FSF-Website enthält überdies ein Verzeichnis der weltweiten Schulungsangebote im Bereich der Aufsicht im Finanzsektor; es handelt sich dabei um ein gemeinsames Projekt des IVF, der Weltbank und der BIZ.

Anlässlich seiner Sitzung vom 25./26. März 2000 in Singapur billigte das Forum die Empfehlungen von drei Arbeitsgruppen, die es im April 1999 eingesetzt hatte und die sich mit Bedenken hinsichtlich Instituten mit hoher Risiko/Eigenkapital-Relation („highly leveraged institutions“, HLI), Kapitalströmen sowie Offshore-Finanzplätzen befassen sollten.

Die Arbeitsgruppe für HLI empfahl ein Paket von Maßnahmen in bezug auf das Systemrisiko und die Marktdynamik im Zusammenhang mit der Tätigkeit von HLI (insbesondere Hedge Funds). Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören eine Verbesserung der Risikomanagement-Praxis von HLI und ihren Geschäftspartnern, eine strengere Überwachung der Kreditgeber von HLI sowie eine vermehrte Offenlegung durch HLI und andere Parteien. Die Gruppe erwog ferner eine direkte Regulierung von HLI, die derzeit keiner Aufsicht unterstehen, sah aber vorläufig von einer Empfehlung ab. Das Forum betonte, daß die direkte Regulierung nochmals in Betracht gezogen würde, falls sich bei einer Nachprüfung – die spätestens 2001 durchgeführt werden soll – ergäbe, daß die Umsetzung der Empfehlungen des Berichts den angesprochenen Bedenken nicht angemessen Rechnung trägt.

Die Arbeitsgruppe für Kapitalströme empfahl, daß die nationalen Behörden ein Risikomanagement-Rahmenkonzept für die Überwachung und Einschätzung der Risiken schaffen sollten, die umfangreiche und unbeständige Kapitalströme für ihre Wirtschaft darstellen. IWF und Weltbank arbeiten mit Unterstützung des Forums an Richtlinien für sachgerechte Methoden bei der Verwaltung staatlicher Schulden und der Steuerung der Liquidität. In ihrem Bericht zeigte die Gruppe wichtige Wege auf, wie nationale Behörden und internationale Gremien die Verbesserung der Risikomanagement-Verfahren in anderen Wirtschaftsbereichen unterstützen können, z.B. durch Schließen von Lücken in vorhandenen Statistiken, Förderung einer größeren Transparenz sowie Aufhebung von Gesetzen und Vorschriften, die unbeabsichtigt Anreize für ein riskantes Verhalten liefern.

Die Arbeitsgruppe für Offshore-Finanzplätze kam zu dem Schluß, daß eine bessere Umsetzung internationaler Standards durch die Offshore-Finanzplätze, insbesondere bei Aufsicht, Offenlegung und Informationsaustausch, die Bedenken hinsichtlich einiger dieser Finanzplätze vermindern würde. In ihren Empfehlungen beschreibt die Gruppe ein Verfahren zur Beurteilung der Einhaltung internationaler Aufsichtsstandards durch Offshore-Finanzplätze, legt Standards fest, die vorrangig umgesetzt und beurteilt werden sollten, und schlägt eine Reihe von Anreizen für eine striktere Einhaltung internationaler Aufsichtsstandards durch diese Finanzplätze vor. Das Forum betonte die Dringlichkeit der Umsetzung dieser Empfehlungen. Auf der Grundlage einer von ihr durchgeführten Erhebung über Onshore- und Offshore-Aufsichtsbehörden ordnete die Arbeitsgruppe außerdem die Offshore-Finanzplätze in Gruppen ein, um bei dem von ihr empfohlenen Beurteilungsverfahren das Setzen von Prioritäten zu erleichtern.

Gestützt auf den Bericht einer im September letzten Jahres geschaffenen Task Force diskutierte das Forum, wie die Umsetzung internationaler Standards für die Stärkung der Finanzsysteme gefördert werden könnte. Es billigte 12 zentrale internationale Standards, die für ein solides Finanzsystem von besonderer Bedeutung sind und die von den einzelnen Ländern, entsprechend den jeweiligen Umständen, nach Möglichkeit vorrangig umgesetzt werden sollten. Diese zentralen Standards werden im *Compendium of Standards* des Forums besonders hervorgehoben; dieses Kompendium, das international anerkannte Standards für solide Finanzsysteme zusammenfaßt, ist auf der Website des Forums verfügbar.

Das Forum setzte ferner eine Arbeitsgruppe ein, die den Auftrag erhielt, internationale Richtlinien für Einlagensicherungssysteme zu erarbeiten, und untersuchte die Entwicklungen im Versicherungsgewerbe. Seine Debatten gaben der Arbeit anderer Gremien neue Impulse, u.a. einer Untersuchung des Gemeinsamen Forums des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht, der IOSCO und der IAIS über die Frage, inwieweit die Eigenkapitalrichtlinien im Banken-, Wertpapier- und Versicherungssektor übereinstimmen.

### *International Association of Insurance Supervisors*

Seit seiner Schaffung im Januar 1998 ist das Sekretariat der IAIS (Internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden) bei der BIZ angesiedelt. Ähnlich wie der Basler Ausschuß für Bankenaufsicht, aber im Bereich der Versicherungsaufsicht tätig, will die IAIS durch eine Verbesserung der Aufsicht über das Versicherungswesen zur weltweiten Finanzstabilität beitragen. Hierzu zählen die Erarbeitung zweckmäßiger Standards für die Versicherungsaufsicht, Vorkehrungen für einen gegenseitigen Beistand und der Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern.

Bisher hat die IAIS mehrere Papiere über Grundsätze, Standards und Richtlinien für die internationale Versicherungsaufsicht herausgegeben, u.a. Grundsätze für eine wirksame Versicherungsaufsicht, ein „Konkordat“ für den Versicherungssektor, Grundsätze für die Durchführung des Versicherungsgeschäfts, Richtlinien zur Versicherungsaufsicht in aufstrebenden Volkswirtschaften, ein Muster für eine Vereinbarung (Memorandum of Understanding) sowie Aufsichtsstandards über Zulassung, Prüfungen vor Ort, Derivate und Portfoliomanagement. Zusammen mit anderen internationalen Aufsichtsgremien (im Gemeinsamen Forum) hat die IAIS ferner Grundsätze für die Aufsicht über Finanzkonglomerate entwickelt. Darüber hinaus wirkt die IAIS aktiv im Forum für Finanzstabilität mit.

Derzeit arbeitet die IAIS an der Formulierung von Standards in den Bereichen Solvenzanforderungen (angemessene Eigenkapitalausstattung), Rechnungslegung im Versicherungswesen, Rückversicherung, Marktrisiko, elektronischer Handel, Transparenz, Koordinierung der Aufsicht über internationale Versicherungskonzerne sowie Verhütung der Finanzkriminalität und des Mißbrauchs bzw. der Umgehung von Aufsichtsregeln.

Die IAIS organisierte mehrere Schulungsprogramme und stellte Schulungsmaterial für Versicherungsaufsichtsbehörden bereit, um ihre Mitglieder bei der Einhaltung der IAIS-Aufsichtsstandards zu unterstützen. 1999 organisierte sie regionale Schulungsseminare für Mitarbeiter der Versicherungsaufsicht in Asien (Singapur, Februar), in Lateinamerika (Argentinien, April), in Mittel- und Osteuropa (Polen, Mai), in Afrika (Südafrika, Juli) sowie in allen aufstrebenden Volkswirtschaften (Tokio, September) und an Offshore-Finanzplätzen (Aruba, November).

### *Gemeinsamer Jahr-2000-Rat*

Der Gemeinsame Jahr-2000-Rat, den der Basler Ausschuß für Bankenaufsicht, der Ausschuß für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (CPSS), die IOSCO und die IAIS im April 1998 errichtet hatten, war auch im vergangenen Jahr tätig, um eine angemessene Koordinierung der Bemühungen um die Behebung des Jahr-2000-Problems unter Aufsichtsgremien sowie zwischen

Finanzmarktorganisationen des öffentlichen und des privaten Sektors sicherzustellen. Anfang 1999 waren bei der Vorbereitung der weltweiten Finanzmarktinfrastruktur auf den Jahr-2000-Datumswechsel deutliche Fortschritte festzustellen. Dennoch galten die Risiken für die Marktstabilität nach wie vor als erheblich, z.B. die Unklarheit über den Stand der Vorbereitungen einzelner Institute oder Märkte, Störungen der wichtigsten Versorgungseinrichtungen wie Elektrizität, Telekommunikation und Wasser sowie eine potentielle Überreaktion der breiten Öffentlichkeit. Die Aufmerksamkeit des Rates verlagerte sich daher nach und nach auf risikomindernde Maßnahmen, Strategien für die Öffentlichkeitsarbeit und Krisenmanagementverfahren.

Der Rat intensivierte seine Kommunikation mit Aufsichtsbehörden weltweit über verschiedene Grundsatzpapiere, Bulletins, Beratungskontrakte und Treffen. Eine zweite großangelegte Diskussion am runden Tisch bot im Juli 1999 wichtigen politischen Entscheidungsträgern und Führungskräften des privaten Sektors eine einmalige Gelegenheit, Strategien zur Minimierung der Unsicherheit und der Marktstörungen beim Übergang ins Jahr 2000 zu erörtern.

Um die Marktbehörden bei der Vorbereitung des Übergangs und beim Verständnis der Erwartungen und der Strategie des privaten Sektors zu unterstützen, erarbeitete der Rat eine Beobachtungsstrategie, die seinen Trägerorganisationen und den Zentralbanken an wichtigen Finanzplätzen bei der Erkennung kritischer Fragen und neu auftretender Entwicklungen behilflich sein sollte.

In der Erkenntnis, daß ein leistungsfähiges grenzüberschreitendes Kommunikationssystem der Finanzmarktbehörden für einen reibungslosen Übergang der Finanzmärkte ins Jahr 2000 wesentlich sein würde, errichtete der Rat im zweiten Halbjahr 1999 eine entsprechende Informationsaustauschplattform (Market Authorities Communication Services, MACS). Zu den von MACS angebotenen Dienstleistungen gehörte das Führen aktueller Kontaktlisten von Aufsichtsbehörden an den wichtigsten Märkten, das Sammeln und Weitergeben von Informationen über den Betriebsstand der wichtigsten Komponenten dieser Märkte sowie die Unterstützung beim Organisieren von Telefonkonferenzen. Vom Sekretariat des Rates bei der BIZ betrieben und mit einer speziellen Website sowie Telekonferenzeinrichtungen ausgestattet, erleichterte MACS während der kritischen Übergangsphase die Kommunikation unter Finanzmarktbehörden weltweit. Insgesamt trug die Tätigkeit des Rates wirksam dazu bei, die Finanzmarktbehörden auf den Datumswechsel vorzubereiten und sie während des Übergangs zu unterstützen.

### 3. Weitere Bereiche der Zusammenarbeit unter Zentralbanken

#### *Zusammenarbeit mit regionalen Zusammenschlüssen von Zentralbanken*

In der Arbeit der BIZ und der bei ihr angesiedelten Ausschüsse schlugen sich sowohl die immer raschere Globalisierung als auch die Tendenz zu verstärkter regionaler Zusammenarbeit unter Zentralbanken in verschiedenen Teilen der Welt nieder. Um einen vermehrten Austausch unter Zentralbanken, die sich ähnlichen wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Herausforderungen

gegenübersehen, zu fördern, verstärkten die BIZ und die in Basel ansässigen Ausschüsse im Berichtszeitraum ihre Kontakte mit verschiedenen regionalen Zusammenschlüssen von Zentralbanken. Zu nennen sind insbesondere AMF (Arab Monetary Fund), CEMLA (Centro de Estudios Monetarios Latino-americanos), EMEAP (Executive Meeting of East Asian and Pacific Central Banks), GCC (Gulf Cooperation Council), SAARC (South Asian Association for Regional Cooperation), SADC (Southern African Development Community) und SEACEN (South-East Asian Central Banks).

Wie schon in früheren Jahren wurden Vertreter der BIZ eingeladen, vor regionalen Treffen von Zentralbankpräsidenten zu sprechen sowie an regionalen Workshops und Seminaren von Zentralbanken zu bestimmten Themen im Bereich Währungs- und Finanzstabilität teilzunehmen. Die verschiedenen regionalen Gruppierungen halfen überdies der BIZ und den Ausschüssen, den Zentralbanken ihrer jeweiligen Region Standards und empfehlenswerte Praktiken nahezubringen, indem sie eine wachsende Zahl gemeinsamer Sitzungen mit den in Basel ansässigen Gremien durchführten. Wie schon weiter oben erwähnt, wurden außerdem unter dem Patronat der BIZ mehrere Treffen in den einzelnen Regionen organisiert, bei denen hochrangige Mitglieder der verschiedenen Basler Ausschüsse mit den entsprechenden Vertretern aus unterschiedlichen Teilen der Welt zusammenkamen.

Im Hinblick auf den Schulungsbedarf der Zentralbanken aus Volkswirtschaften im Übergang beteiligte sich die BIZ weiterhin aktiv an der Arbeit des Joint Vienna Institute (dessen Trägerorganisationen BIZ, EBRD, Weltbank, IWF, OECD und WTO sind). In enger Zusammenarbeit mit dem FSI und verschiedenen in Basel ansässigen Ausschüssen organisierte die BIZ ferner mehrere Seminare für Zentralbanken und andere Finanzmarktbehörden.

### *Expertengruppe für Fragen monetärer und ökonomischer Datenbanken*

Im vergangenen Jahr erhöhte sich die Zahl der Teilnehmer an der BIZ-Datenbank, die von der Expertengruppe für Fragen monetärer und ökonomischer Datenbanken betreut wird, auf 23 Institutionen, darunter die Zentralbanken der Zehnergruppe und der EU, einschließlich der EZB, sowie Australiens, Neuseelands und Norwegens. Neben den laufenden Bemühungen, die Zahl der Wirtschafts- und Finanzstatistiken zu erhöhen, die der Datenbank gemeldet und von ihr betreut werden, galt die Aufmerksamkeit der Expertengruppe im vergangenen Jahr hauptsächlich den Herausforderungen und Chancen im Zusammenhang mit dem Jahr 2000. Darüber hinaus wurde mit der Hilfe eines Lenkungsausschusses von Spezialisten für das Zentralbankgeschäft sowie IT-Fachleuten eine modernere und sehr sichere webgestützte Technologie für den elektronischen Datenaustausch mit der BIZ eingeführt (Central Bank Information Services, CBIS). Gemeinsam mit Zentralbanken und anderen internationalen Organisationen wurde schließlich ein neues internationales Nachrichtenformat für den Austausch statistischer Daten unter Zentralbanken eingeführt (GESMES/CB). Diese verschiedenen Innovationen ermöglichen es den Zentralbanken, für den Datenaustausch mit der BIZ auf eine Großrechnerverbindung zu verzichten, bessere Kommunikationskanäle für die Übermittlung großer Datenmengen nach Basel zu schaffen und einen interaktiven Web-Zugang

zur BIZ-Datenbank aufzubauen. Darüber hinaus dürfte dadurch auch den Zentralbanken von wichtigen aufstrebenden Volkswirtschaften die Teilnahme an der Datenbank ermöglicht werden.

### *Ausschuß der EDV-Fachleute*

Die Diskussionen des Ausschusses der EDV-Fachleute bezogen sich vor allem auf die Vorbereitungsarbeiten der IT-Abteilungen der Zentralbanken für den Jahr-2000-Datumswechsel, und zwar sowohl hinsichtlich technischer Probleme als auch hinsichtlich organisatorischer Fragen einer wirksamen System- und Notfallunterstützung. Der Übergang verlief erfolgreich, und einige Erfahrungen, beispielsweise im Bereich der Notfallplanung, dürften sich für die Zukunft als besonders wertvoll erweisen.

Im Berichtszeitraum arbeiteten der Ausschuß und seine Arbeitsgruppe für Sicherheitsfragen intensiv an sachgerechten Methoden für die Zentralbanken und prüften Maßnahmen gegen die immer wieder auftretende Bedrohung durch Computerviren. Ferner untersuchte der Ausschuß geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung der Risiken im Zusammenhang mit schädlichem mobilem Code und potentiellen Sicherheitsschwachstellen in weitverbreiteten Softwarekomponenten. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Bedeutung leistungsfähiger elektronischer Kommunikationssysteme gewidmet und in diesem Zusammenhang auch dem Bedarf der Zentralbanken an einem Informationsaustausch über Extranet-Systeme. Von speziellem Interesse in diesem Bereich waren die Erfahrungen der Zentralbanken mit dem zunehmenden Einsatz von Internettechnologien, deren Integration in ältere EDV-Umgebungen und der Sicherung öffentlicher Netzwerke durch die Schaffung virtueller privater Netzwerke, die auf einer Public-Key-Infrastrukturtechnologie beruhen.

## 4. Die Bank als Agent und Treuhänder

### *Treuhänder für internationale Staatsanleihen*

Die Bank nahm im Berichtszeitraum weiterhin ihre Funktion als Treuhänder im Zusammenhang mit den Fundierungsschuldverschreibungen 1990–2010 aus der Dawes- und der Young-Anleihe wahr (Einzelheiten zu den diesbezüglichen Aufgaben der Bank finden sich im 63. Jahresbericht vom Juni 1993). Im Zusammenhang mit diesen Fundierungsschuldverschreibungen teilte die Deutsche Bundesbank als Zahlungsentwickler der Bank mit, daß sie 1999 rund DM 7,2 Mio. an Tilgungszahlungen und DM 7,1 Mio. an Zinsen ausbezahlt hat. Die Einlösungswerte und sonstigen Einzelheiten wurden von der Bundesschuldenverwaltung im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Bank blieb bei ihren früheren Vorbehalten hinsichtlich der Anwendung der Währungssicherungsklausel der Young-Anleihe durch die Bundesschuldenverwaltung (dargelegt im 50. Jahresbericht vom Juni 1980), die sich auch auf die Fundierungsschuldverschreibungen 1990–2010 erstrecken. Die Bank hat ferner darauf hingewiesen, daß die Einführung des Euro nichts an diesen Vorbehalten ändert.

## *Pfandhalter*

Gemäß mehreren Vereinbarungen ist die BIZ als Pfandhalter mit dem Halten und der Anlage von Sicherheiten zugunsten der Inhaber bestimmter Fremdwährungsanleihen betraut, die Länder im Rahmen von Umschuldungsvereinbarungen begeben haben. Derzeit laufen solche Pfandbestellungsvereinbarungen für Anleihen von Brasilien (Einzelheiten dazu finden sich im 64. Jahresbericht vom Juni 1994), Peru (s. 67. Jahresbericht vom Juni 1997) und Côte d'Ivoire (s. 68. Jahresbericht vom Juni 1998).

## 5. Finanzhilfe für Zentralbanken

Im Rahmen eines internationalen Finanzhilfeprogramms, das gegen Ende 1998 für Brasilien zusammengestellt wurde, koordinierte die BIZ eine Kreditfazilität von bis zu \$ 13,28 Mrd. zugunsten des Banco Central do Brasil. Der überwiegende Teil der Mittel, die die BIZ unter dieser Fazilität bereitstellte, wurde von 19 Mitgliedszentralbanken gedeckt oder garantiert. Eine parallele Fazilität von bis zu \$ 1,25 Mrd. wurde darüber hinaus von den japanischen Währungsbehörden gewährt. Die Inanspruchnahme beider Fazilitäten erfolgte im Zusammenhang mit brasilianischen Käufen im Rahmen einer IWF-Fazilität zur Stärkung von Währungsreserven.

Die BIZ-Fazilität wurde erstmals am 18. Dezember 1998 in Höhe von \$ 4,15 Mrd. in Anspruch genommen. Diese Inanspruchnahme wurde am 18. Juni 1999 teilweise, in Höhe von \$ 2,9 Mrd., verlängert und am 20. Dezember 1999 vollständig zurückgezahlt. Ein zweites Mal wurde die Fazilität am 9. April 1999 im Betrag von \$ 4,5 Mrd. in Anspruch genommen, am 12. Oktober 1999 wurde ein Teilbetrag von \$ 3,15 Mrd. verlängert, und am 12. April 2000 erfolgte eine vollständige Tilgung. Jedesmal wurde auch die japanische Fazilität in einem entsprechenden Verhältnis beansprucht. Beide Fazilitäten sind jetzt geschlossen.

Im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit gewährte die BIZ im Verlauf des Jahres verschiedenen Zentralbanken kurzfristige Kredite, die teils besichert, teils unbesichert waren.

## 6. Tätigkeit der Bankabteilung

Am 31. März 2000 betrug die Bilanzsumme GFr. 74 836 Mio., was einen Rekordbetrag für das Ende eines Geschäftsjahres darstellt und gegenüber dem Vorjahresbetrag von GFr. 66 237 Mio. einem Anstieg um 13% entspricht. Der geringe Kursanstieg des US-Dollars über das ganze Geschäftsjahr betrachtet wirkte sich leicht negativ auf die Bilanzsumme aus (rund GFr. 180 Mio.).

Teilweise wegen Bedenken der Kunden über die Liquidität der Finanzmärkte vor dem Jahr-2000-Datumswechsel weitete sich die Bilanz der BIZ im vergangenen Herbst stetig aus, und die Bilanzsumme erreichte am 31. Dezember 1999 einen Höchststand von GFr. 87 049 Mio. (womit sie etwas hinter dem absoluten Höchststand von GFr. 89 466 Mio. vom Dezember 1998 zurückblieb). Als die Bedenken wegen der Liquidität abnahmen, kehrte sich dieser Trend im ersten Quartal 2000 weitgehend wieder um.

## *Passiva*

Im vergangenen Geschäftsjahr ergriff die BIZ Maßnahmen, um die Qualität der Finanzdienstleistungen, die sie ausschließlich Zentralbanken und internationalen Organisationen anbietet, weiter zu verbessern. In einigen Bereichen wurde die Preisgestaltung erheblich wettbewerbsorientierter, und den Kunden wurde eine neue Kollektivanlagemöglichkeit zur Verfügung gestellt. Die Zeichnungen des mittelfristigen Anlageinstruments (Medium-Term Instrument, MTI) in US-Dollar nahmen erneut zu, was die BIZ veranlaßte, MTI auch in Pfund Sterling und Euro aufzulegen.

Am 31. März 2000 betragen die Gold- und Währungseinlagen (ohne Pensionsgeschäfte) insgesamt GFr. 68 724 Mio. (Vorjahr: GFr. 60 898 Mio.). Die Goldeinlagen gingen um GFr. 373 Mio. auf insgesamt GFr. 2 820 Mio. zurück und machten 4,1% der gesamten Fremdmittel aus (Vorjahr: 5,2%). Die Währungseinlagen dagegen erhöhten sich während des Geschäftsjahres um beträchtliche GFr. 8 198 Mio. Die Höhe der Währungseinlagen kann im Jahresverlauf stark schwanken, was zum einen auf die Rolle der Bank als sicherer Hafen bei unsicheren Marktverhältnissen zurückzuführen ist und zum anderen darauf, daß die Zentralbanken die Bankdienstleistungen der BIZ aktiv für die Verwaltung ihrer liquiden Mittel nutzen. Dennoch war der Tagesdurchschnitt der Währungseinlagen um 3,3% höher als im vorherigen Geschäftsjahr; diese Entwicklung wurde durch das allgemeine Wachstum der Devisenreserven weltweit sowie durch eine intensivere Vermarktung einer breiteren Palette von Finanzprodukten der BIZ begünstigt.

Die US-Dollar-Einlagen erhöhten sich gegenüber dem Ende des Geschäftsjahres 1998/99 um GFr. 5 Mrd. (13,1%), was dem größten Teil des Anstiegs der Währungseinlagen um GFr. 8,2 Mrd. entsprach. Der Anteil des US-Dollars an den Fremdmitteln in Währungen betrug 65,3% am 31. März 2000, kaum verändert gegenüber dem Vorjahresanteil von 65,9%. Der Anteil des Euro verringerte sich in derselben Zeit geringfügig von 20,2% auf 19,4% der Fremdmittel in Währungen.

Die Einlagen von Zentralbanken erhöhten sich von GFr. 54 016 Mio. auf GFr. 60 667 Mio. am 31. März 2000, was einem Anteil von 92,1% (Vorjahr: 93,6%) der gesamten Fremdmittel in Währungen entspricht. Die von anderen Einlegern (vorwiegend internationalen Organisationen) angelegten Mittel betragen GFr. 5 236 Mio. (Vorjahr: GFr. 3 690 Mio.).

## *Aktiva*

Die BIZ führt ihre Geschäfte in sehr vorsichtiger Weise, um die Sicherheit der ihr anvertrauten Einlagen zu gewährleisten; Kreditrisiko, Fristentransformation und Wechselkursrisiko werden streng überwacht. Bei der Verwaltung ihrer Aktiva achtet die Bank vorrangig auf einen hohen Grad an Liquidität, um einem unvorhergesehenen Barmittelbedarf ihrer Kunden jederzeit entsprechen zu können.

Die Anlagen in Währungen betragen am 31. März 2000 GFr. 71 127 Mio., verglichen mit GFr. 62 189 Mio. ein Jahr zuvor. Diese Aktiva sind in Form von Einlagen bei erstklassigen Finanzinstituten von internationalem Ruf sowie in kurzfristigen handelsfähigen Wertpapieren, einschließlich Schatzwechseln, angelegt.

Die Bank gewährt außerdem Zentralbanken Kredit. Ende März 2000 standen Kredite im Gesamtbetrag von GFr. 1 941 Mio. aus; davon entfiel der überwiegende Teil auf Mittel, die im Rahmen der von der BIZ koordinierten multilateralen Kreditfazilität zugunsten des Banco Central do Brasil vergeben und von den beteiligten Zentralbanken garantiert wurden (s. oben, Abschnitt 5).

Die Goldaktiva der Bank gingen im Geschäftsjahr von GFr. 3 879 Mio. auf GFr. 3 506 Mio. zurück, da die Goldeinlagen abnahmen.

Abgesehen von einem Bestand von 192 Tonnen Gold werden die eigenen Mittel der Bank hauptsächlich in liquiden Wertpapieren angelegt, die von den staatlichen Behörden der wichtigsten Industrieländer oder von erstklassigen supranationalen Institutionen begeben bzw. garantiert werden.

Die Bank verwendet ferner bestimmte Derivate, und zwar im wesentlichen, um ihre eigenen Mittel effizienter zu verwalten und Risiken bei den Fremdmitteln abzusichern (s. Anmerkung 8a zur Bilanz).

## 7. Der Reingewinn und seine Verwendung

Das am 31. März 2000 abgelaufene 70. Geschäftsjahr schloß mit einem Reingewinn von GFr. 307 824 257 (Vorjahr: GFr. 303 618 800). Obwohl sich die Eigenmittel der Bank erhöhten, sanken die Zinserträge aus der Anlage der eigenen Mittel geringfügig, da die Zinssätze zwar stiegen, aber im Durchschnitt niedriger waren als im Vorjahr. Die Erträge aus den Geschäften mit Fremdmitteln gingen ebenfalls leicht zurück, da die Margen im Einlagengeschäft enger wurden, was die erhöhten Erträge aus der während des Jahres im Durchschnitt höheren Bilanzsumme mehr als aufzehrte. Diese Abnahmen wurden durch erhebliche Buchgewinne wettgemacht, die realisiert wurden, als eine Reihe von Zentralbanken in einem Umfeld steigender Zinssätze aktiver mit ihrem Portfolio an BIZ-Instrumenten handelten. Der Zinsanstieg führte jedoch auch zu realisierten Kapitalverlusten bei den Anlagebeständen der Bank und einem geringeren Ertrag aus dem Wertpapierhandel. Der Verwaltungsrat senkte erneut den Betrag, der vom Gewinn einbehalten und der Rückstellung für Risiken im Bankgeschäft und andere Eventualfälle zugewiesen wird.

Der Jahresgewinn ergibt sich nach Abzug von GFr. 68 731 981 für Verwaltungskosten, was einem Anstieg von 3% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Der Anstieg spiegelte vorwiegend höhere Abschreibungen wider, die auf die gestiegenen Investitionen der Bank in IT und sonstige Ausstattung, insbesondere für ihr neues Gebäude in Basel, zurückzuführen waren. Die Verwaltungskosten vor Abschreibungen erhöhten sich in Schweizer Franken – der Währung, in der die meisten Ausgaben der Bank anfallen – um 10%; dies war den zunehmenden Aktivitäten der Bank zuzuschreiben. Da der Schweizer Franken an Wert verlor, nahmen die Verwaltungskosten vor Abschreibungen in Goldfranken gerechnet um lediglich 1% zu.

Gestützt auf Artikel 51 der Statuten empfiehlt der Verwaltungsrat der Generalversammlung, den Reingewinn von GFr. 307 824 257 wie folgt zu verwenden:

- i) GFr. 54 658 243 zur Zahlung einer Dividende von SFr. 340 je Aktie (die Dividende für die 12 000 neuen Aktien, die in der zweiten Hälfte des

Geschäftsjahres 1999/2000 begeben wurden, wird anteilig ab Zeichnungsdatum gezahlt);

- ii) GFr. 50 633 203 zur Erhöhung des Allgemeinen Reservefonds;
- iii) GFr. 3 000 000 zur Erhöhung des Besonderen Dividenden-Reservefonds;
- iv) GFr. 199 532 811, den verbleibenden Betrag des verfügbaren Reingewinns, zur Erhöhung des Freien Reservefonds. Dieser Fonds kann vom Verwaltungsrat für jeden statutengemäßen Zweck herangezogen werden.

Der Verwaltungsrat schlägt vor, die obengenannte Dividende am 1. Juli 2000 an die Aktionäre zu zahlen, die am 20. Juni 2000 im Aktienregister der Bank eingetragen sind.

Der Rechnungsabschluß wurde von der PricewaterhouseCoopers AG ordnungsgemäß geprüft; diese hat bestätigt, daß die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sowie die dazugehörigen Anmerkungen für das am 31. März 2000 abgeschlossene Geschäftsjahr eine angemessene und getreue Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermitteln. Der Bericht der Buchprüfer folgt unmittelbar auf den Rechnungsabschluß.

## 8. Erweiterung des Kreises der Aktionärszentralbanken

Um die Zusammenarbeit der Zentralbanken weiter zu stärken, beschloß der Verwaltungsrat am 8. November 1999, den Banco Central de la República Argentina, die Europäische Zentralbank, die Bank Indonesia, die Bank Negara Malaysia und die Bank of Thailand einzuladen, Aktionäre der Bank zu werden und je 3 000 Aktien der dritten Tranche des Kapitals der BIZ zu zeichnen. Bis zum Ende des Geschäftsjahres, als auch die Zeichnungsfrist ablief, hatten mit Ausnahme der Bank Indonesia alle die Einladung des Verwaltungsrats angenommen und waren damit Mitglieder der BIZ geworden.

Der Beschluß des Verwaltungsrats über diese sechste Emission von Aktien der dritten Tranche des Kapitals der Bank wurde gemäß den Bestimmungen der Artikel 6 und 8.3 der Statuten getroffen. Die im Verwaltungsrat vertretenen Gründerzentralbanken verzichteten auf die Ausübung ihres Rechts, mindestens 55% solcher neu hinzukommenden Aktien zu gleichen Teilen zu zeichnen (d.h. 8 250 der 15 000 zur Zeichnung aufgelegten Aktien). Es wurde beschlossen, diese 8 250 Aktien zur Verfügung neuer Aktionärszentralbanken zu halten.

In seiner Novembersitzung legte der Verwaltungsrat den Emissionspreis bis zum Ende der Zeichnungsfrist auf GFr. 5 020 je Aktie fest, was 1 475,317 Gramm Feingold entspricht. Da die Aktien der Bank zu 25% oder GFr. 625 je Aktie eingezahlt sind, enthielt der Ausgabepreis von GFr. 5 020 ein Agio von GFr. 4 395 je Aktie. Die zeichnenden Zentralbanken konnten den Ausgabepreis wahlweise in Gold begleichen oder durch Zahlung des Betrags, der am Zeichnungsdatum zum Erwerb der gleichen Menge Gold auf dem Markt erforderlich gewesen wäre, in einer von der BIZ akzeptierten konvertiblen Währung.

Infolge der Ausgabe von 12 000 neuen Aktien der dritten Tranche des Kapitals der Bank bis zum Ende des Geschäftsjahres stieg die Zahl der Aktien der Bank von 517 165 auf 529 165; der Betrag des eingezahlten Kapitals der Bank, der in der Bilanz vom 31. März 2000 ausgewiesen wird, hat sich um GFr. 7,5 Mio.

auf GFr. 330,7 Mio. erhöht. Das von den zeichnenden Zentralbanken insgesamt gezahlte Agio betrug GFr. 52,7 Mio.; davon wurden GFr. 750 000 dem Gesetzlichen Reservefonds und GFr. 51 990 000 dem Allgemeinen Reservefonds zugewiesen.

## 9. Änderung der Statuten der Bank

Angesichts jüngster Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Aktionärskreis, der Verwaltung und den Immunitäten der Bank wurde am 8. November 1999 eine außerordentliche Generalversammlung zur Änderung der Artikel 31, 55 und 56 der Statuten abgehalten. Der geänderte Artikel 31 der Statuten sieht die Herabsetzung der Mindestanzahl der Verwaltungsratssitzungen pro Jahr vor und läßt ausdrücklich eine Beschlußfassung ohne formelle Sitzung per Telekonferenz oder Korrespondenz zu. Mit der Änderung von Artikel 55 der Statuten wurde die Befreiung der Bank von der Gerichtsbarkeit und von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen mit Blick auf die allgemeine völkerrechtliche Praxis neu definiert. Ferner wurden die Definitionen in Artikel 56 der Statuten geändert, um die Mitgliedschaft von grenzüberschreitenden Zentralbanksystemen in der BIZ zu ermöglichen.

## 10. Veränderungen im Verwaltungsrat

Für den nicht abgelaufenen Teil der Amtszeit von Philippe Wilmès, der zuvor sein Ausscheiden bekanntgegeben hatte, berief Guy Quaden, Gouverneur der Banque Nationale de Belgique, von April 1999 bis Februar 2000 Alfons Verplaetse als Mitglied in den Verwaltungsrat. Im Februar 2000 bestätigte er Alfons Verplaetse für eine weitere Amtszeit von drei Jahren bis zum 28. Februar 2003.

Eddie George, Gouverneur der Bank of England, berief Lord Kingsdown für eine weitere Amtszeit von drei Jahren bis zum 6. Mai 2002 als Mitglied in den Verwaltungsrat. Auf Vorschlag von Urban Bäckström, Vorsitzender des Verwaltungsrats, wurde Lord Kingsdown ferner als Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats bis zum 6. Mai 2002 wiedergewählt.

Am 1. September 1999 löste Ernst Welteke als Präsident der Deutschen Bundesbank Hans Tietmeyer ab und wurde Ex-officio-Mitglied des Verwaltungsrats. Als Nachfolger für Helmut Schlesinger, der Ende August 1999 aus dem Verwaltungsrat ausschied, berief Ernst Welteke für den Rest der Amtsdauer von Helmut Schlesinger, d.h. bis Ende Dezember 1999, Hans Tietmeyer. Mit Wirkung von Januar 2000 wurde Hans Tietmeyer für eine weitere Amtszeit von drei Jahren bis zum 31. Dezember 2002 bestätigt.

Antonio Fazio bestätigte Vincenzo Desario als Verwaltungsratsmitglied für eine weitere Amtszeit von drei Jahren bis zum 7. November 2002.

Unter den Stellvertretern der Ex-officio-Mitglieder gab es zwei Änderungen. Im September 1999 ernannte Alan Greenspan, Vorsitzender des Board of Governors des Federal Reserve System, Edward W. Kelley als Nachfolger von Alice M. Rivlin zu seinem Stellvertreter. Im November 1999 wurde Edward Kelley durch Roger W. Ferguson abgelöst.

Die Bank erfuhr mit tiefem Bedauern vom Tod von Bernard Clappier am 25. September 1999 im Alter von 85 Jahren. Als Gouverneur der Banque de France war Bernard Clappier von 1974–79 Ex-officio-Mitglied des Verwaltungsrats gewesen, von 1983–85 und erneut von 1989–91 dessen Stellvertretender Vorsitzender.

Mit tiefem Bedauern nahm die Bank auch Kenntnis vom Tod von zwei ehemaligen Mitgliedern ihrer Geschäftsleitung: Hans Heinrich Mandel verstarb am 31. Januar 2000 im Alter von 92 Jahren; er war von 1962–72 Leiter der Bankabteilung gewesen. Frédéric-Edouard Klein, der 1974 zum Rechtsberater ernannt worden war und diese Position bis 1986 innehatte, als er in den Ruhestand trat, verstarb am 28. April 2000 im Alter von 78 Jahren.

# Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

vom 31. März 2000

# Bilanz vom 31. März 2000

(in Goldfranken, s. Anmerkung 2a zum Jahresabschluß)

1999	Aktiva	2000
	<b>Gold</b>	
2 801 471 476	Barren	2 265 425 772
<u>1 077 182 612</u>	Terminguthaben und Kredite	<u>1 240 342 623</u>
3 878 654 088		3 505 768 395
8 289 300	Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	11 382 465
7 314 049 359	Schatzwechsel	7 853 868 515
	<b>Terminguthaben und Kredite in Währungen</b>	
21 413 790 799	bis zu 3 Monaten	33 292 191 933
<u>11 009 185 563</u>	von mehr als 3 Monaten	<u>8 561 682 741</u>
32 422 976 362		41 853 874 674
276 014 585	Mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere bis zu 3 Monaten	1 268 088 300
	<b>Staats- und andere Wertpapiere</b>	
4 658 672 728	bis zu 3 Monaten	4 295 857 750
<u>17 509 173 124</u>	von mehr als 3 Monaten	<u>15 844 081 595</u>
22 167 845 852		20 139 939 345
124 693 036	Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	120 715 280
44 554 468	Verschiedenes	82 028 737
<u>66 237 077 050</u>		<u>74 835 665 711</u>

Nach Verwendung des Reingewinns		Vor Verwendung des Reingewinns	Nach Verwendung des Reingewinns
1999	Passiva	2000	
323 228 125	Eingezahltes Kapital	330 728 125	330 728 125
2 605 641 703	Reserven	2 658 381 703	2 911 547 717
265 360 020	Währungsumrechnungskonto	191 954 649	191 954 649
	Einlagen (Gold)		
2 775 616 571	Sicht	2 240 270 927	2 240 270 927
233 632 571	bis zu 3 Monaten	197 558 564	197 558 564
183 327 484	von mehr als 3 Monaten	382 379 118	382 379 118
<u>3 192 576 626</u>		<u>2 820 208 609</u>	<u>2 820 208 609</u>
	Einlagen (Währungen)		
3 005 634 040	Sicht	3 423 192 926	3 423 192 926
51 674 794 423	bis zu 3 Monaten	55 284 677 726	55 284 677 726
3 025 353 687	von mehr als 3 Monaten	7 195 784 903	7 195 784 903
<u>57 705 782 150</u>		<u>65 903 655 555</u>	<u>65 903 655 555</u>
	Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere		
121 452 148	bis zu 3 Monaten	103 048 449	103 048 449
1 965 670 119	Verschiedenes	2 519 864 364	2 519 864 364
	Gewinn- und Verlustrechnung	307 824 257	
57 366 159	Dividende, zahlbar am 1. Juli		54 658 243
<u>66 237 077 050</u>		<u>74 835 665 711</u>	<u>74 835 665 711</u>

# Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. März 2000 abgeschlossene Geschäftsjahr  
(in Goldfranken)

	1999	2000
Zins- und Diskontertrag, sonstige Geschäftseinnahmen	4 050 134 509	4 222 389 680
Abzüglich: Zins- und Diskontaufwand	3 679 753 312	3 845 833 442
Nettozinsen und sonstige Geschäftseinnahmen	370 381 197	376 556 238
Abzüglich: Verwaltungskosten		
Verwaltungsrat	1 330 121	1 177 264
Direktion und Personal	40 819 397	40 619 621
Geschäfts- und Bürokosten	18 596 527	19 363 373
Verwaltungskosten vor Abschreibungen	60 746 045	61 160 258
Abschreibungen	6 016 352	7 571 723
	66 762 397	68 731 981
Reingewinn für das Geschäftsjahr	303 618 800	307 824 257
<p>Der Verwaltungsrat empfiehlt der ordentlichen Generalversammlung, den Reingewinn für das am 31. März 2000 abgeschlossene Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit Artikel 51 der Statuten wie folgt zu verwenden:</p>		
Dividende: 340 Schweizer Franken auf 517 165 Aktien (1999: 320 Schweizer Franken)	57 366 159	54 444 185
auf 12 000 neu ausgegebene Aktien (anteilig ab Zeichnungsdatum)	–	214 058
	57 366 159	54 658 243
	246 252 641	253 166 014
Zuweisung an den Allgemeinen Reservefonds	49 250 528	50 633 203
	197 002 113	202 532 811
Zuweisung an den Besonderen Dividenden-Reservefonds	3 000 000	3 000 000
	194 002 113	199 532 811
Zuweisung an den Freien Reservefonds	194 002 113	199 532 811
	–	–

# Veränderung des eingezahlten Kapitals und der Reserven der Bank

während des am 31. März 2000 abgeschlossenen Geschäftsjahres  
(in Goldfranken)

## I. Eingezahltes Kapital

	Anzahl Aktien	Goldfranken
Aktien zu je 2 500 Goldfranken, eingezahlt zu 25%:		
Stand am 31. März 1999 laut Bilanz	517 165	323 228 125
Im Geschäftsjahr 1999/2000 ausgegebene Aktien	12 000	7 500 000
Stand am 31. März 2000 laut Bilanz	529 165	330 728 125

## II. Entwicklung der Reservefonds

	Gesetzlicher Reservefonds	Allgemeiner Reservefonds	Besonderer Dividenden-Reservefonds	Freier Reservefonds	Reservefonds insgesamt
Stand am 31. März 1999 nach Verwendung des Reingewinns für das Geschäftsjahr 1998/99	32 322 813	1 156 441 190	65 530 055	1 351 347 645	2 605 641 703
Zuzüglich: Zuweisung des Agios auf 12 000 neu ausgegebene Aktien	750 000	51 990 000	–	–	52 740 000
Stand am 31. März 2000 vor Verwendung des Reingewinns	33 072 813	1 208 431 190	65 530 055	1 351 347 645	2 658 381 703
Zuzüglich: Verwendung des Reingewinns für das Geschäftsjahr 1999/2000	–	50 633 203	3 000 000	199 532 811	253 166 014
Stand am 31. März 2000 laut Bilanz	33 072 813	1 259 064 393	68 530 055	1 550 880 456	2 911 547 717

## III. Dem eingezahlten Kapital und den Reservefonds per 31. März 2000 (nach Gewinnverwendung) standen gegenüber:

	Eingezahltes Kapital	Reservefonds	Kapital und Reserven zusammen
Nettoaktiva			
Gold	330 728 125	330 985 192	661 713 317
Währungen	–	2 580 562 525	2 580 562 525
Stand am 31. März 2000 laut Bilanz	330 728 125	2 911 547 717	3 242 275 842

# Anmerkungen zum Jahresabschluß

für das am 31. März 2000 abgeschlossene Geschäftsjahr

## 1. Einleitung

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ist eine internationale Finanzorganisation, die im Rahmen der Haager Abkommen vom 20. Januar 1930 gegründet wurde. Sie hat ihren Sitz in Basel, Schweiz. Gemäß Artikel 3 der Statuten sind die Aufgaben der BIZ: die Zusammenarbeit der Zentralbanken zu fördern, neue Möglichkeiten für internationale Finanzgeschäfte zu schaffen und als Treuhänder (Trustee) oder Agent bei internationalen Zahlungsgeschäften zu wirken. Derzeit sind 49 Zentralbanken Mitglieder der Bank; sie üben die Vertretungs- und Stimmrechte bei der Generalversammlung im Verhältnis zu der Anzahl der in ihrem Land begebenen BIZ-Aktien aus. Der Verwaltungsrat der Bank setzt sich aus den Präsidenten der Zentralbanken von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz, den USA und dem Vereinigten Königreich zusammen; außerdem wird aus sechs dieser Länder je ein weiteres Mitglied ernannt.

Der Abschluß für das Geschäftsjahr 1999/2000 wird in einer Form vorgelegt, die vom Verwaltungsrat gemäß Artikel 49 der Statuten der Bank genehmigt wurde.

## 2. Wesentliche Rechnungslegungsverfahren

### a) *Recheneinheit und Währungsumrechnung*

Die Recheneinheit der Bank ist der Goldfranken, der US-\$ 1,94149... entspricht. Nach Artikel 4 der Statuten der Bank entspricht der Goldfranken (abgekürzt GFr.) 0,29032258... Gramm Feingold. Bilanzposten, die Goldforderungen entsprechen, werden auf der Grundlage des Feingewichts in Goldfranken umgerechnet. Bilanzposten in US-Dollar werden auf der Grundlage eines Goldpreises von US-\$ 208 je Unze Feingold in Goldfranken umgerechnet (dieser Preis wurde vom Verwaltungsrat der Bank 1979 festgelegt und ergibt den Umrechnungsfaktor von GFr. 1 = US-\$ 1,94149...). Auf andere Währungen lautende Bilanzposten werden zu den am Bilanzstichtag geltenden Kassamarktkursen in US-Dollar umgerechnet und die entsprechenden US-Dollar-Beträge in Goldfranken.

Wechselkursdifferenzen, die sich aus der Umrechnung von auf andere Währungen als den US-Dollar lautenden Aktiva und Passiva ergeben, werden über das Währungsumrechnungskonto verbucht.

Der Nettobetrag, der sich aus Wechselkursdifferenzen bei der Umrech-

nung von Devisentermingeschäften und Swaps ergibt, ist im Aktiv- oder Passivposten „Verschiedenes“ enthalten.

b) *Bewertungsgrundlage und Ermittlung des Ergebnisses*

Wenn nicht anders angegeben, wird die Bilanz der Bank auf der Basis der Einstandswerte erstellt; Ertrags- und Aufwandsposten werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung verbucht. Gewinne und Verluste werden monatlich ermittelt und zu den jeweils am Monatsende geltenden Kassamarktkursen in US-Dollar und dann wie oben beschrieben in Goldfranken umgerechnet; die so ermittelten Monatsergebnisse werden für das Jahr vorgetragen.

Gewinne und Verluste aus Verkäufen von Wertpapieren des Anlagebestands werden über das Wertpapierausgleichskonto verbucht, das im Passivposten „Verschiedenes“ enthalten ist. Gewinne auf diesem Konto werden über einen Zeitraum, der der durchschnittlichen Restlaufzeit des Wertpapieranlageportfolios der Bank entspricht, über die Gewinn- und Verlustrechnung amortisiert; ein Nettoverlust am Jahresende würde unverzüglich der Gewinn- und Verlustrechnung belastet.

c) *Gold*

Aktiva und Passiva in Gold werden auf der Grundlage ihres Feingewichts ausgewiesen.

d) *Schatzwechsel; Staats- und andere Wertpapiere*

Schatzwechsel sowie Staats- und andere Wertpapiere werden zum Einstandswert gegebenenfalls zuzüglich aufgelaufener Zinsen angegeben, berichtigt um die Amortisierung von Agios oder Disagios bis zur Fälligkeit. Diese Amortisierung ist im Zins- und Diskontertrag enthalten.

e) *Terminguthaben und Kredite in Währungen*

Terminguthaben und Kredite werden zu ihrem Nominalwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen.

f) *Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere*

Wertpapiere, die mit Rückgabvereinbarung angekauft wurden, werden zu dem der Gegenpartei ausgezahlten Betrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen.

g) *Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung*

Die Bank kapitalisiert ihre Grundstücke, ihre Gebäude und ihre Geschäftsausstattung, die in Schweizer Franken verbucht werden, und schreibt die Gebäude und die Geschäftsausstattung linear über ihre geschätzte Nutzungsdauer wie folgt ab:

Grundstücke: keine Abschreibung

Gebäude: 50 Jahre

Gebäudeeinrichtungen und -technik: 15 Jahre

Informationstechnologieausstattung: 4 Jahre  
Sonstige Ausstattung: 4 – 10 Jahre

*h) Währungsumrechnungskonto*

Auf dem Währungsumrechnungskonto werden Wechselkursdifferenzen verbucht (s. oben, Abschnitt a); sie betreffen im wesentlichen jenen Teil der Eigenmittel der Bank, der in anderen Währungen als US-Dollar gehalten wird.

*i) Einlagen*

Einlagen sind Buchforderungen gegen die Bank und werden zu ihrem Nominalwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Bestimmte Forderungen werden mit einem Disagio auf den bei Fälligkeit der Einlage zahlbaren Betrag ausgegeben; in diesen Fällen erfolgt die Verbuchung wie bei den von der Bank gehaltenen Wertpapieren mit festem Rückzahlungstermin (s. oben, Abschnitt d).

*j) Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere*

Wertpapiere, die mit Rücknahmevereinbarung veräußert wurden, werden zu dem von der Gegenpartei gezahlten Betrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen.

*k) Rückstellung für Risiken im Bankgeschäft und andere Eventualfälle*

Der Verwaltungsrat weist dieser Rückstellung, die im Passivposten „Verschiedenes“ enthalten ist, jedes Jahr zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung einen Betrag zu.

# Anmerkungen zur Bilanz

für das am 31. März 2000 abgeschlossene Geschäftsjahr

## 1. Goldbestände

Die Goldbestände der Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Aktiva	1999	2000
Bei Zentralbanken gehaltene Goldbarren	2 801 471 476	2 265 425 772
Termineinlagen in Gold:		
bis zu 3 Monaten	274 154 547	261 412 650
von mehr als 3 Monaten	803 028 065	978 929 973
	<u>3 878 654 088</u>	<u>3 505 768 395</u>

Die eigenen Goldbestände der Bank betragen GFr. 661,7 Mio. am 31. März 2000, was 192 Tonnen Feingold entsprach (1999: GFr. 662,0 Mio.; 192 Tonnen).

## 2. Schatzwechsel

Die Bank verfügte über folgende Bestände:

	1999	2000
Buchwert	<u>7 314 049 359</u>	<u>7 853 868 515</u>

Der Marktwert der Schatzwechsel betrug am 31. März 2000 GFr. 7 854,1 Mio. (1999: GFr. 7 319,2 Mio.).

## 3. Staats- und andere Wertpapiere

Die Bank verfügte über folgende Bestände:

	1999	2000
Buchwert	<u>22 167 845 852</u>	<u>20 139 939 345</u>

Der Marktwert der Staats- und anderen Wertpapiere betrug am 31. März 2000 GFr. 20 120,0 Mio. (1999: GFr. 22 331,4 Mio.). Der Betrag, um den der Buchwert den Marktwert übersteigt, wird durch die Rückstellung für Risiken im Bankgeschäft und andere Eventualfälle gedeckt.

#### 4. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung

	Grundstücke + Gebäude	IT + sonstige Ausstattung	Insgesamt
Einstandswert:			
Anfangsstand am 1. April 1999	133 888 421	46 802 899	180 691 320
Investitionen	10 703 595	6 742 218	17 445 813
Wechselkursberichtigungen	-15 013 674	-5 328 015	-20 341 689
Einstandswert am 31. März 2000	129 578 342	48 217 102	177 795 444
Abschreibungen:			
Kumulierte Abschreibungen am 1. April 1999	29 358 673	26 639 611	55 998 284
Abschreibungen für das laufende Jahr	2 048 614	5 523 109	7 571 723
Wechselkursberichtigungen	-3 105 119	-3 384 724	-6 489 843
Kumulierte Abschreibungen am 31. März 2000	28 302 168	28 777 996	57 080 164
Nettobuchwert am 31. März 2000	101 276 174	19 439 106	120 715 280

Der Einstandswert der Grundstücke der Bank betrug am 31. März 2000 GFr. 23 769 312 (1999: GFr. 26 610 450).

#### 5. Kapital

Das Aktienkapital der Bank setzt sich wie folgt zusammen:

	1999	2000
Genehmigtes Kapital: 600 000 Aktien, zu je 2 500 Goldfranken	1 500 000 000	1 500 000 000
Begebenes Kapital: 517 165 Aktien	1 292 912 500	
529 165 Aktien		1 322 912 500
eingezahlt zu 25%	323 228 125	330 728 125

#### 6. Reserven

Die Reserven der Bank setzen sich (nach Gewinnverwendung) wie folgt zusammen:

	1999	2000
Gesetzlicher Reservefonds	32 322 813	33 072 813
Allgemeiner Reservefonds	1 156 441 190	1 259 064 393
Besonderer Dividenden-Reservefonds	65 530 055	68 530 055
Freier Reservefonds	1 351 347 645	1 550 880 456
	2 605 641 703	2 911 547 717

Die jährliche Zuweisung an die verschiedenen Reservefonds ist in Artikel 51 der Statuten der Bank geregelt (s. Tabelle „Entwicklung der Reservefonds“).

## 7. Einlagen

Die Goldeinlagen bei der Bank stammen ausschließlich von Zentralbanken. Die bei der Bank gehaltenen Währungseinlagen setzen sich wie folgt zusammen:

	1999	2000
Zentralbanken		
Sicht	2 890 343 276	3 351 789 605
bis zu 3 Monaten	48 100 323 078	50 119 848 005
von mehr als 3 Monaten	3 025 353 687	7 195 784 903
Andere Einleger		
Sicht	115 290 764	71 403 321
bis zu 3 Monaten	3 574 471 345	5 164 829 721
	57 705 782 150	65 903 655 555

## 8. Außerbilanzielle Posten

### a) *Derivate*

Im Rahmen ihres normalen Geschäfts tätigt die Bank außerbilanzielle Finanztransaktionen, u.a. Devisentermingeschäfte, Währungs- und Zinsswaps, Forward Rate Agreements, Futures und Optionen. Diese Instrumente werden zur Absicherung der Zins- und Währungsrisiken der Bank bei ihren Aktiva und Passiva sowie zur Steuerung der Duration ihrer liquiden Aktiva eingesetzt. Bei der Beurteilung von außerbilanziellen Engagements wendet die Bank dieselben Bonitätskriterien an wie bei allen anderen Anlagen.

### Nominalbetrag

(in Mio. Goldfranken)	1999	2000
Währungskontrakte		
Devisenswaps und -termingeschäfte	10 470,4	9 291,3
Währungsswaps	2 796,1	2 259,3
Zinskontrakte		
Zinsswaps	7 222,0	9 842,5
Forward Rate Agreements und Futures	5 987,8	15 629,6

Der Nominal- oder Kontraktwert der verschiedenen Derivate zeigt den Umfang der Aktivitäten der Bank an den verschiedenen Märkten an, er gibt jedoch keinen Hinweis auf das mit den Geschäften der Bank verbundene Kredit- oder Marktrisiko. Der Brutto-Wiederbeschaffungswert sämtlicher Kontrakte, die zu aktuellen Marktwerten einen Gewinn auswiesen, belief sich zum 31. März 2000 auf GFr. 354,4 Mio. (1999: GFr. 484,1 Mio.).

b) *Treuhandgeschäfte*

Treuhandgeschäfte werden nicht in der Bilanz ausgewiesen, da sie zwar im Namen der Bank, aber im Auftrag und auf Risiko von Kunden ausgeführt werden.

(in Mio. Goldfranken)	1999	2000
Nominalwert der für Kunden verwahrten Wertpapiere	7 167,8	7 093,0
Für verschiedene Einleger verwahrtes Gold	671,2	666,1

c) *Pensionssystem und Sparsystem des Personals*

Die Bank führt ein Pensionssystem und ein Sparsystem. Die beiden Fonds sind mit Treuhandfonds vergleichbar, da sie keine eigene Rechtspersönlichkeit haben. Ihre Aktiva werden von der Bank zum alleinigen Nutzen der derzeitigen und ehemaligen Personalmitglieder verwaltet, die den beiden Systemen angeschlossen sind. Sämtliche Zahlungen im Rahmen dieser Systeme werden dem betreffenden Fonds belastet.

Die Bank hat sich verpflichtet, einen Deckungsgrad von mindestens 105% für beide Fonds aufrechtzuerhalten, und sie haftet letztlich für alle Leistungen im Rahmen des Pensions- und des Sparsystems. Der Anteil der Bank an den Beiträgen für die derzeitigen Personalmitglieder ist jeden Monat in ihren Verwaltungskosten enthalten.

Am 31. März 2000 betrug der Marktwert der Nettoaktiva des Pensionsfonds GFr. 266,7 Mio. (1999: GFr. 295,5 Mio.), was einem Deckungsgrad von 125% (1999: 127%) gegenüber dem zuletzt (am 30. September 1999) ermittelten jährlichen versicherungsmathematischen Betrag der Verpflichtungen des Fonds entsprach. Der Marktwert der Nettoaktiva des Sparfonds betrug am 31. März 2000 GFr. 23,8 Mio. (1999: GFr. 25,8 Mio.), was einem Deckungsgrad von 105% (1999: 109%) bezüglich seiner zu diesem Datum bestehenden Verbindlichkeiten entsprach. Der jüngste Jahresabschluß des Pensions- und des Sparfonds wurde für das Jahr erstellt, das am 30. September 1999 endete.

# Bericht der Buchprüfer

Bericht der Buchprüfer  
an den Verwaltungsrat und die Generalversammlung  
der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel

Wir haben die beiliegende Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich einschließlich der Anmerkungen dazu geprüft. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind von der Direktion der Bank in Übereinstimmung mit den Statuten und den in den Anmerkungen unter „Wesentliche Rechnungslegungsverfahren“ wiedergegebenen Bewertungsgrundsätzen erstellt worden. Gemäß den Statuten der Bank besteht unsere Aufgabe darin, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine unabhängige Beurteilung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung abzugeben und Ihnen darüber Bericht zu erstatten.

Unsere Abschlußprüfung umfaßte die stichprobenweise Prüfung von Nachweisen für die in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung enthaltenen Zahlen und sonstigen Angaben. Wir haben alle erbetenen Auskünfte und Erklärungen erhalten, die wir benötigten, um festzustellen, daß die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung frei von wesentlichen Fehlern sind. Wir sind der Ansicht, daß die von uns durchgeführten Prüfungshandlungen eine angemessene Grundlage für die Abgabe unseres Prüfberichts bilden.

Nach unserer Auffassung sind die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, einschließlich der Anmerkungen dazu, ordnungsgemäß erstellt worden und vermitteln für das am 31. März 2000 abgeschlossene Geschäftsjahr eine angemessene und getreue Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage; damit entsprechen sie den Statuten der Bank.

PricewaterhouseCoopers AG

Ralph R. Reinertsen

Anthony W. Travis

Basel, 27. April 2000

# Fünfjahresüberblick über die Bilanz

(in Mio. Goldfranken)

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März	1996	1997	1998	1999	2000
<b>Gold</b>					
<i>Barren</i>	4 364,2	3 547,3	3 037,1	2 801,5	2 265,4
<i>Terminguthaben und Kredite</i>	637,3	956,7	1 122,4	1 077,2	1 240,4
	5 001,5	4 504,0	4 159,5	3 878,7	3 505,8
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	9,8	384,4	7,8	8,3	11,4
Schatzwechsel	4 105,7	2 813,4	1 863,9	7 314,0	7 853,9
Terminguthaben und Kredite in Währungen	37 328,1	42 355,1	34 862,2	32 423,0	41 853,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	1 652,2	884,2	2 781,0	276,0	1 268,1
Staats- und andere Wertpapiere	10 488,1	15 651,1	18 517,1	22 167,9	20 139,9
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	–	–	–	124,7	120,7
Verschiedene Aktiva	32,8	200,8	258,7	44,5	82,0
<b>Aktiva insgesamt</b>	<b>58 618,2</b>	<b>66 793,0</b>	<b>62 450,2</b>	<b>66 237,1</b>	<b>74 835,7</b>
<b>Eingezahltes Kapital</b>	<b>295,7</b>	<b>323,2</b>	<b>323,2</b>	<b>323,2</b>	<b>330,7</b>
<b>Reserven (nach Verwendung des Reingewinns)</b>					
<i>Gesetzlicher Reservefonds</i>	30,1	32,3	32,3	32,3	33,0
<i>Allgemeiner Reservefonds</i>	803,3	974,9	1 016,3	1 156,4	1 259,1
<i>Besonderer Dividenden-Reservefonds</i>	56,5	59,5	62,5	65,5	68,5
<i>Freier Reservefonds</i>	893,6	995,1	1 157,4	1 351,4	1 550,9
	1 783,5	2 061,8	2 268,5	2 605,6	2 911,5
Währungsumrechnungskonto	373,5	351,1	247,2	265,4	192,0
<b>Einlagen</b>					
<i>Gold</i>	4 245,0	3 836,4	3 473,7	3 192,6	2 820,2
<i>Währungen</i>	49 649,2	57 585,6	54 023,6	57 705,8	65 903,7
	53 894,2	61 422,0	57 497,3	60 898,4	68 723,9
Mit Rücknahmvereinbarung veräußerte Wertpapiere	376,6	674,8	30,7	121,5	103,0
Pensionssystem des Personals	283,1	252,6	257,0	–	–
Verschiedene Passiva	1 558,3	1 658,7	1 773,7	1 965,6	2 519,9
Dividende	53,3	48,8	52,6	57,4	54,7
<b>Passiva insgesamt</b>	<b>58 618,2</b>	<b>66 793,0</b>	<b>62 450,2</b>	<b>66 237,1</b>	<b>74 835,7</b>

# Fünfjahresüberblick über die Gewinn- und Verlustrechnung

(in Mio. Goldfranken)

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März	1996	1997	1998	1999	2000
Nettozinsen und sonstige Geschäftseinnahmen	254,3	263,8	314,9	370,4	376,6
Abzüglich: Verwaltungskosten					
<i>Verwaltungsrat</i>	1,5	1,3	1,3	1,3	1,2
<i>Direktion und Personal</i>	46,6	42,9	39,4	40,9	40,6
<i>Geschäfts- und Bürokosten</i>	18,3	16,3	15,0	18,6	19,4
<i>Verwaltungskosten vor Abschreibungen</i>	66,4	60,5	55,7	60,8	61,2
<i>Abschreibungen</i>	–	–	–	6,0	7,6
	66,4	60,5	55,7	66,8	68,8
Geschäftsertrag	187,9	203,3	259,2	303,6	307,8
Abzüglich: Zuweisungen an					
<i>Rückstellung für außerordentliche Verwaltungskosten</i>	3,5	3,0	–	–	–
<i>Rückstellung für die Gebäudemodernisierung und die Erneuerung der Geschäftsausstattung</i>	3,1	6,0	–	–	–
	6,6	9,0	–	–	–
Reingewinn für das Geschäftsjahr	181,3	194,3	259,2	303,6	307,8
Dividende	53,3	48,8	52,6	57,4	54,7
	128,0	145,5	206,6	246,2	253,1
Zuweisung an den Allgemeinen Reservefonds	38,4	41,0	41,3	49,2	50,6
	89,6	104,5	165,3	197,0	202,5
Zuweisung an den Besonderen Dividenden-Reservefonds	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
	86,6	101,5	162,3	194,0	199,5
Zuweisung an den Freien Reservefonds	86,6	101,5	162,3	194,0	199,5
	–	–	–	–	–

# Verwaltungsrat

Urban Bäckström, Stockholm  
Vorsitzender des Verwaltungsrats,  
Präsident der Bank

Lord Kingsdown, London  
Stellvertretender Vorsitzender

Vincenzo Desario, Rom  
Antonio Fazio, Rom  
Edward A.J. George, London  
Alan Greenspan, Washington  
Hervé Hannoun, Paris  
Masaru Hayami, Tokio  
William J. McDonough, New York  
Hans Meyer, Zürich  
Guy Quaden, Brüssel  
Gordon G. Thiessen, Ottawa  
Hans Tietmeyer, Frankfurt am Main  
Jean-Claude Trichet, Paris  
Alfons Verplaetse, Brüssel  
Nout H.E.M. Wellink, Amsterdam  
Ernst Welteke, Frankfurt am Main

## *Stellvertreter*

Roger W. Ferguson oder  
Karen H. Johnson, Washington  
Jean-Pierre Patat oder  
Marc-Olivier Strauss-Kahn, Paris  
Ian Plenderleith oder  
Clifford Smout, London  
Jean-Jacques Rey oder  
Jan Smets, Brüssel  
Carlo Santini oder  
Stefano Lo Faso, Rom  
Jürgen Stark oder  
Helmut Schieber, Frankfurt am Main

## Oberste Führungsebene der Bank

Andrew Crockett	Generaldirektor
André Icard	Beigeordneter Generaldirektor
Gunter D. Baer	Generalsekretär, Abteilungsleiter
William R. White	Volkswirtschaftlicher Berater, Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung
Robert D. Sleeper	Leiter der Bankabteilung
Marten de Boer	Direktor, Sonderberater des Generaldirektors
Renato Filosa	Direktor, Währungs- und Wirtschaftsabteilung
Mario Giovanoli	Rechtsberater, Direktor
Guy Noppen	Direktor, Generalsekretariat
Günter Pleines	Stellvertretender Leiter der Bankabteilung

